grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

25. März 77
Fünf Groschen

Nr. 2

HVV - Teurer als der HSV ?

Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) will uns nun endgültig aus U-Bahnen und S-Bahnen verjagen. Zum 1. August sollen nämlich die Fahrpreise des Unternehmens um fast sechs Prozent erhöht werden. Der Senat muß zwar zustimmen, aber das dürfte wie üblich klargehen. Lauwarmen Protest erhob bisher vor allem der Deutsche Gerwerkschaftsbund. Grund zum Widerstand aber haben alle. Die bevorstehende Erhöhung läßt den Vergleich mit den Preisen beim HSV im Volksparkstadion schon bald zu. Manche Familie könnte billiger Taxi- als U-Bahn-Fahren.

Der HVV, 1965 durch den Zusammenschluß von neun Einzelgesellschaften entstanden, und in dessen Rat die SPD das Sagen hat, „arbeitet (...) interessenneutral und wettbewerbsneutral. Er soll zum Nutzen der Bevölkerung eine möglichst zweckmäßige und wirtschaftliche Verkehrsbedienung verwirklichen." Zu seinen festgelegten Aufgaben gehört unter anderem die Erstellung und Weiterentwicklung des Gemeinschaftstarifs. (Informationsbroschüre Mai 76) Genau letzteres hat er mal wieder getan.

Bewegt sich eine Erhöhung von 5,9% in leider schon gewohnten und oft hingenommenen Bereichen, steigen die Preise für Monatskarteninhaber, jetzt bis zu 16%.

Bei den letzten vier Erhöhungen wurden die Einzelfahrscheine im Jahresdurchschnitt um etwa 19% erhöht. Kostete 1970 eine Kurzstreckenkarte noch 50 Pfennig, so zahlen wir heute schon 1,– DM dafür. Die anderen Preise wurden von damals –.70 auf bald 1,60 und -.80 auf demnächst 2,20 DM angehoben. HVV-Pressesprecher Bruno von Sturm: „Die Schallmauer bei Einzelfahrten ist erreicht. Der Kurzstreckentarif bleibt erhalten, auch bei den Monatsmarken. Wahrscheinlich würden sich zu viele Hamburger überlegen, ob sie nicht auf andere Weise an ihr nahegelegenes Ziel kommen könnten. Eine Hausfrau aus Barmbek: „Zum Einkaufen fahre ich mit dem Fahrrad und wenn es regnet, gehe ich zu Fuß und nehme den Schirm mit." Gerade davor hat der HVV Angst: „Die Zahl der Fahrgäste verringerte sich um 3,4% auf 430,3 Mio" (Geschäftsbericht 1975) und ging 1976 nochmals um 8,6 auf 411,7 Mio zurück.

Die Monatsmarken, mit denen fast 70% aller Fahrgäste (davon 140.000 Abonnenten) befördert wurden, verteuerten sich schon 1971 zwischen 5 und 16 DM und sollen auch jetzt kräftig erhöht werden. Nach den Gelegenheitsfahrern soll nun denen das Geld aus der Tasche gezogen werden, die täglich auf das Hamburger Nahverkehrssystem angewiesen sind. Das sind auch gerade die, die über die niedrigsten Einkommen in unserer Gesellschaft verfügen.

Fortsetzung Seite 3

HEW hat nichts zu lachen

Sie werben für mehr Stromverbrauch und sind am Bau von Atomkraftwerken beteiligt: Durch ihr Monopol in der Energieversorgung wollen uns die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) zwingen, der enormen Gefährdung von Menschen durch den Bau von Atomkraftanlagen mitschuldig zu machen. Ihr Argument ist: wenn keine AKW's gebaut werden, muß in den achtziger Jahren der Strom rationiert werden. Die Presse versucht es mit Panik: Gehn 1980 die Lichter aus?

Gegen diese Praktiken hat sich in Hamburg, wie auch in anderen Teilen der BRD, eine Initiativgruppe gebildet. Ihre Forderungen sind:

- Keine Investitionen in den Bau von AKW's!
- Keine Lieferung von Atomstrom!
- Keine Werbung für mehr Energieverbrauch!
- Mehr Geld für die Erforschung von Alternativenergie!

Um diese Ziele zu erreichen, fordert die Initiative Hamburgs HEW-Kunden auf, an der Aktion: „Kein AKW mit unserem Geld: Wir zahlen nur noch 90% der Stromrechnung", teilzunehmen.

Fortsetzung Seite 3

Na endlich : Arbeitsplätze !

Daß Atomkraftwerke nicht so sicher - sauber – umweltfreundlich sind, wie uns jahrelang weisgemacht werden sollte, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Den Stoltenbergs und Schmidts steht aber noch ein anderes bewährtes Argument zur Verfügung: Kernkraftwerke schaffen Arbeitsplätze, sagen sie. Was es damit auf sich hat, soll hier gefragt werden.

Die Begründung dieser Behauptung ist simpel: Arbeitsplätze werden geschaffen durch Investitionen der Unternehmer. Um aber mehr investieren zu können, brauchen die Unternehmer auch mehr Energie. Also, so die Schlußfolgerung, muß mehr Energie durch Atomkraftwerke geschaffen werden.

Ziel der Unternehmer ist es jedoch nicht, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern Provit zu erwirtschaften. Dieses Ziel kann sich – je nach der wirtschaftlichen und politischen Lage – darin äußern, daß sie neue Arbeitsplätze schaffen, oder auch darin, daß sie Arbeitsplätze vernichten. Grob gesagt wird unterschieden zwischen Erweiterungsinvestitionen einerseits (die neue Arbeitsplätze bringen) und Rationalisierungsinvestitionen andererseits (die Arbeitsplätze verringern).

Kennzeichnend für die wirtschaftliche Entwicklung seit 1972 ist nun die Tatsache, daß Rationalisierungs (Investitionen die den Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen bezwecken) mehr in den Vordergrund getreten sind, während die Erweiterungsinvestitionen deutlich zurückgingen.

Dieser Trend wird nach übereinstimmender Meinung der „Experten" auch in den nächsten Jahren anhalten. So mancher, der heute noch daran glaubt, daß Atomenergie seinen Arbeitsplatz sichert, wird erleben, wie eine mit Atomstrom gespeiste Maschine ihn für die Unternehmer entbehrlich macht.

Das wissen natürlich auch diejenigen, die in diesem Lande Atomkraftwerke planen und bauen – sie sprechen es nur nicht gerne öffentlich aus. In der 1. Teilerrichtungsgenehmigung für das Atomkraftwerk Wyhl aber heißt es z.B.:

„Es ist deutlich erkennbar, daß ein zunehmender Strombedarf vor allem in Folge der weiteren Rationalisierung in der Industrie (Ersatz von Arbeitskräften durch verstärkten Energieeinsatz ...) zu erwarten ist."

Ein offenes Wort zur rechten Zeit.

Fortsetzung Seite 10

Aus dem Inhalt: **Seite**

Grohnde am 19. März	2
HVV-Preise steigen	3
HEW hat nichts zu lachen	3
Frauenkneipe	3
Kommunales Kino	4
Chemische Keule für Schüler	5
Mieter wollen Reparaturen	6
Wem nützt die Fabrik?	6
Rette sich wer kann!	7
Lufthansa-Streik	7
Spontaner Streik bei SE	7
Mutterglück? Nein Danke	8
Mannsbilder	8
Zivildienst – Arbeitsdienst?	9
Na endlich Arbeitsplätze	10
Gorleben	11
270.000 Strahlenopfer	11
Lächeln Sie, Fräulein	12

Allerletzte Meldung:
HEW-Kunde Helmut Schmidt aus Hamburg-Langenhorn hat für die nächste Ausgabe der Stadtzeitung „Grosse Freiheit" Tips zum Umgang mit dem Computer-Kundendienst der HEW angekündigt. Ob die HEW deshalb beim Verfassungsschutz das Anbringen einer „Wanze' beim Atomkanzler beantragen wird, konten wir kurz vor Redaktionsschluß nicht mehr erfahren.

ARBEIT AM ATOMKRAFTWERK

Grohnde-Bericht S.2

GROHNDE: EIN HEISSER SAMSTAG

20 000 greifen die Kernkraft-Festung Grohnde an

„Politrocker kamen mit Blumen und Konfetti". So überschrieben wir unseren Bericht über die mehrstündige Bauplatzbesetzung in Grohnde am 19.2. (Vgl. Atom-Extra, Beilage zu Nr. 1). Die „Politrocker" sind einen Monat später wiedergekommen, viel zahlreicher als zuvor, 20 000 Leute vielleicht. Diesmal hatten Sie keine Blumen in den Händen, dafür aber andere nützliche Dinge: Bolzenschneider, Eisensägen, Seile und Schweißgeräte. Es gelang ihnen jedoch nicht, den Bau des geplanten Atomkraftwerks Grohnde durch eine Besetzung zu verhindern.

Treffpunkt der Hamburger Grohnde-Fahrer war um 3 Uhr morgens auf dem Heiligengeistfeld. Etwa 2 000 bis 3 000 Leute versammelten sich hier. Um zu vermeiden, daß die Polizei einzelne Gruppen rausgreift, wird ein großer Konvoi gebildet, der auf der Autobahn zweispurig den Verkehr „stört" (wie es in den Verkehrsmeldungen heißt). Für die Kommunikation zwischen den Autos sorgen Motorradmelder, ein Signalsystem und der Sender „AKW-Nee".

Bei Hannover treffen wir auf einen mit Bussen vollgestopften Rastplatz, Sammelpunkt der Leute aus dem Norden. Die Straße wird jetzt endgültig von den AKW-Gegnern beherrscht, die Verkehrsregeln sind vorübergehend außer Kraft gesetzt. So hält mitten auf der Autobahn plötzlich ein Bus, die Insassen steigen aus und legen eine Pinkelpause ein. Nach Verlassen der Autobahn regeln Motorradfahrer mit roten Fahnen an Straßenkreuzungen den Verkehr. In einigen Fällen schaut die Polizei aus respektvoller Entfernung zu.

Mehrere Kilometer vor dem Bauplatz kommt der Zug zum Stehen. Eine Polizeisperre verhindert die Weiterfahrt. Es wird beschlossen, auszusteigen und sie wegzuräumen. Bevor es zur Konfrontation kommt, hat die Polizei die Sperre jedoch freiwillig aufgelöst. Langsam formiert sich ein kilometerlanger Demonstrationszug. Ungefähr die Hälfte der Demonstranten trägt Helme in allen Farben und Formen. Das Einheitsrot der Fahnen aus früheren Zeiten ist einem bunten Vielerlei gewichen. Schon optisch zeigt sich hier, daß die vielen linken Parteien mit dem Alleinvertretungsanspruch die Kontrolle über die neue Bewegung verloren haben. Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen, Jugendzentren – jede Gruppe eine Fahne...

Sperren werden durchbrochen

Einige hundert Meter vor dem Bauplatz stoppt der Zug. Über Lautsprecher erfahren wir, daß die Polizei mit zwei Wagen eine Straßensperre errichtet hat. Es kommt zu ersten Auseinandersetzungen. Sanitäter werden angefordert. Den Leuten an der Spitze gelingt es, einen Wagen zur Seite zu schieben; noch ein kritischer Augenblick, als Polizisten den Lautsprecherwagen sowie ein mitgeführtes Auto angreifen und dabei Chemical Mace einsetzen. Aber auch dieser Angriff wird abgeschlagen. Der Weg zum Bauplatz ist frei.

Der Platz ist in den letzten Wochen zur Festung geworden, zu einem zweiten Brokdorf: zwei Metallgitterzäune, dazwischen und oben drauf Natodraht-Rollen, an einer Seite ein Wassergraben. Schätzungsweise 20 000 Leute haben sich hier versammelt. Mehrere Tausend Menschen, die aus dem Süden kommen wollten, sind von der Polizei aufgehalten worden. Aus Protest gegen diese Maßnahmen wurde die Bahnstrecke Hameln-Altenbeken durch Besetzung lahmgelegt.

Dennoch sind weniger Leute gekommen als bei den letzten Demonstrationen in Brokdorf. Drei Großkundgebungen gegen Atomanlagen in einem Monat – das zehrt an den Kräften der Atomenergie-Gegner. Hinzu kommt, daß die Presse die Kundgebung zuvor praktisch totgeschwiegen hatte. Offenbar ist hier eine neue Taktik eingeschlagen worden, nachdem die Greuelpropaganda vor dem 19.2. nicht zu dem gewünschten Resultat geführt hatte.

Der Sturm beginnt

Am Bauplatz ist eigentlich zunächst eine Kundgebung geplant. Die ersten Leute machen sich aber schon am Zaun zu schaffen. Wasserwerfer fahren auf, und bald ist die Luft wieder mit jener von Brokdorf bekannten Mischung aus Chemical Mace, Rauchbomben und Tränengas durchsetzt. Die Schlacht um Grohnde ist in vollem Gange.

Die Atomenergie-Gegner sind besser ausgerüstet als je zuvor. Nicht nur Bolzenschneider werden am Zaun eingesetzt, sondern auch mehrere Schneidbrenner. Am wirksamsten aber erweisen sich lange dicke Taue, an deren Spitze Enterhaken befestigt sind. Mit ihnen gelingt es, an verschiedenen Seiten, größere Breschen in die Festung zu reißen. An einer Stelle wird der äußere Metallgitterzaun auf einer Länge von 15 Metern niedergerissen. Als auch der innere Zaun über 5 Meter fällt, versucht eine Polizeieinheit zum Gegenangriff überzugehen. In einem Hagel von Steinen und Lehmklumpen wird sie gezwungen, sich wieder zurückzuziehen. Aber auch die Polizei hat sich etwas Neues einfallen lassen. Mit Enterhaken versucht sie, aus den Hubschraubern heraus, die zahlreichen Aluminiumdrachen zu beschlagnahmen.

Währenddessen wird in aller Eile Verstärkung herangekarrt. Über Lautsprecher werden die „friedlichen" Demonstranten aufgefordert, sich von den „Verbrechern" am Zaun zu trennen. Gelächter ist die Antwort. Spaltungsversuche sind in der Tat zwecklos. Wenn auch nur ein Teil der Demonstranten direkt am Zaun kämpft, so ist die solidarische Freude über die größer werdenden Löcher am Zaun doch allen gemeinsam.

Rückzugsgefechte

In der Ferne werden lange Polizeiketten sichtbar, begleitet durch eine Reiterstaffel. Die Demonstranten versammeln sich auf der Bundesstraße entlang des Bauzauns, versäumen es aber, eine feste Verteidigungslinie einzurichten. Angesichts der näherrrückenden Polizeieinheiten beginnt ein langsamer Rückzug, der streckenweise in Panik gerät, da die Reiterstaffel mitten in die Demonstration hineingaloppiert. Plötzlich aber sind 10, 20, 100 und mehr Leute da, die nicht mehr weglaufen, sondern die Bullen angreifen, mit Steinen, mit Lehmbrocken, mit schnell ergriffenen Stöcken. Es kommt zu erbitterten Kämpfen.

Die Polizeikette bleibt stehen, weicht zurück, formiert sich erneut, rückt wieder vor. Erneuter Angriff. Ein Wagen der Demonstranten bleibt zurück. Die Bullen haben ihn schon fast erreicht. Wieder gehen Dutzende von Demonstranten zum Gegenangriff über, wieder fliegen die Brocken, muß die Polizei sich zurückziehen. Der Wagen wird gerettet und schnell werggezogen. Nicht nur wir haben Angst vor der Polizei, auch sie hat Angst vor uns.

Langsam weicht die Panik, die Polizei bleibt jetzt in größerer Entfernung. Ein geschlossener Rückzug in das Dorf Grohnde beginnt. Jetzt merken wir langsam die bleierne Müdigkeit in unseren Körpern. Die schwerbeschädigte Festung bleibt hinter uns zurück. Wird hier eines Tages wieder ein Kornfeld stehen?

Der Sturm auf die Festung beginnt.

Gemeinsam sind sie stark.

Die Sperre ist gesprengt. Albrechts Polizei gibt Fersengeld

Nach der Schlacht

Grohnde ist ein zweites Brokdorf geworden. Nur hinter schwerbewachten Festungen können Industrie und Staat – wenn überhaupt – ihr Atomprogramm noch durchziehen. Und diese Festungen sind nicht unverwundbar. Die Entschlossenheit vieler Tausender, nicht nur von den Gefahren der Atomenergie zu reden, sondern daraus auch praktische Konsequenzen zu ziehen, hat das deutlich gemacht.

In Grohnde sind aber auch Gefahren und Grenzen der jungen Anti-AKW-Bewegung sichtbar geworden. Die Gefahr vor allem, auf eine Ebene der Auseinandersetzung beschränkt zu bleiben, auf der die Gegenseite allemal die stärkeren Machtmittel in der Hand hat. Gegenüber dem massiv eingesetzten, vorbereiteten, militarisierten Polizeiapparat ist es gegenwärtig nicht möglich, in direkter Konfrontation siegreich zu bleiben.

Unsere Stärke liegt auf anderen Gebieten. Einen Monat zuvor ist der Bauplatz von Grohnde von einigen hundert Leuten mit viel List und Phantasie über mehrere Stunden besetzt worden. Während alles auf Brokdorf starrte, wurde dort angegriffen, wo niemand es vermutete, wo der Gegner schwach und unvorbereitet war. Hier sind Möglichkeiten erkennbar geworden, gegenüber dem schwerfälligen Staatsapparat Erfolge zu erzielen.

Vor allem bei der geplanten Atommülldeponie (in Gorleben oder anderswo) wird es jetzt darauf ankommen, nicht mehr nur zu reagieren, nicht zu warten, bis der Platz eine Festung geworden ist, sondern im Voraus aktiv zu werden. Und schließlich müssen jetzt auch andere Kampfformen, die von vielen aktiven Atomenergie-Gegnern bislang rechts liegengelassen worden sind, zur Anwendung kommen. So bietet die von einigen Gruppen propagierte Einbehaltung eines Teils der Stromrechnung die Chance, auch andere Leute, die sich nicht an militanten Aktionen beteiligen mögen, in die Auseinandersetzung einzubeziehen und eine Isolierung der aktivsten Teile der Bewegung zu verhindern. Möglichkeiten etwas zu tun gibt es viele, unserer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

HVV - Teurer als der HSV ?

Fortsetzung von Seite 1

Wie bei den Einzelfahrscheinen werden auch bei den Zeitfahrkarten die am stärksten zur Kasse gebeten, die bisher noch umworben wurden: die Bewohner der Außenbezirke, die zum Teil aus Hamburgs zentralen Bereichen, wo ihre Arbeitsplätze sind, wegsaniert wurden.

Diese Arbeiter und Angestellten, die jetzt viel teurere Wohnungen bezogen haben, sollen für das Tarifgebiet 2 statt 85.– jetzt 98.– DM und für das Gesamtnetz gar 122.– statt bisher 105.– DM zahlen, was einer Erhöhung über 16% gleichkommt! Ein Anwohner aus Geesthacht: „Den Luxus kann ich mir nicht mehr leisten. Wir fahren schon seit längerem zu dritt mit dem Auto zur Arbeit. Jeder eine Woche."

Nach den Erhöhungsabsichten, mit denen der HVV 20 Millionen pro Jahr mehr einnehmen will, sickerten auch noch Leistungseinschränkungen durch: Wurde schon die neue Nobel-S-Bahn, die S 10, kürzlich vor allem nachts eingeschränkt, sollen nun alle U- und S-Bahnen abends bis zu 25 Minuten früher Schluß machen! Der Hamburger Verkehrsverbund verweist seine Kunden auf die stündlich fahrenden Nachtbuslinien, von denen allerdings nicht alle in die Vororte kommen. Die Walddörfer z.B. sind dann nicht mehr zu erreichen. Durch diese schon zum 22. Mai in Kraft tretende Änderung, will die HVV jährlich eine halbe Million einsparen zuzüglich zu den 2,6 Millionen, die er beim Austausch der Straßenbahnlinien 1 und 14 gegen Busse in seine Kalkulation aufnahm.

Zum sinkenden Leistungsangebot steht im HVV-Bericht 75: „... sahen wir uns deshalb veranlaßt, vorgesehene Maßnahmen zur Hebung des Beförderungstandards zurückzustellen und darüber hinaus in einigen Angebotsbereichen bis an die Attraktivitätsgrenze reichende Leistungseinschränkungen vorzunehmen ..." Und weiter: „So wurde die Schnellbuslinie 46 ganz und die Linie 32 teilweise stillgelegt. Die Steckung des Fahrplantaktes zahlreicher Buslinien in den verkehrsschwachen Zeiten – insbesondere in den Abendstunden und am Wochenende – trug der Rückläufigkeit des Gelegenheitsverkehrs Rechnung."

Vor sechs Jahren, 1971, begann der HVV nach fünfjähriger Enthaltsamkeit mit tiefgreifenden Erhöhungen. In die Ausläufer der Studentenunruhen platzte er mit einer 21%igen Verteuerung, die mit drei Demonstrationen (bis zu 8.000 Teilnehmer), Straßenbahnblockaden und Stillegungen von S-Bahnzügen im Hauptbahnhof bekämpft wurden. 1972 gingen dann die 9,3% glatter über die Bühne und zu den 18% 1975 erschienen die üblichen Aritkel in der Tagespresse, aber sonst blieb es ruhig. Mit 8,3% sollten wir dann Anfang 1976 die leeren Kassen wieder füllen.

Die Erhöhungen brauchten bisher nicht die geschätzten Mehreinnahmen. 1975 bei 18% Erhöhung waren es nur 10% Mehreinnahmen, letztes Jahr bei 8,3% nur ein Plus von 3%!

In den letzten Jahren führte der Verkehrsverbund mit seinen jetzt 8.600 Beschäftigten drastische Einsparungen im Personalsektor durch. Schon frühzeitig wurden die Kassierer in den Straßenbahnen abgeschafft. Der Fahrer mußte diese Aufgabe zusätzlich übernehmen. Zur Einhaltung des in verkehrsreichen Zeiten und Gegenden gesteigerten Fahrplantaktes wurden die Wendezeiten der Busse gekürzt und damit auch die Pausen für die Fahrer. Durch die Auflösung von Straßenbahndepots und Betriebswerkstätten wurde die Zahl der dort Beschäftigten fast halbiert. Schließlich wurden die Kassierer an den U-Bahnhöfen abgeschafft und Fahrkartenautomaten aufgestellt. Barzahler bei Monatsmarken mußten nun zum nächstgrößeren Bahnhof fahren, um dort eine Marke kaufen zu können oder aufs Abo umsteigen. In zunehmenden Maße soll auch die Zugabfertigung zentralisiert werden, mit dem Fernziel: Einführung des automatischen Betriebs.Das, was der HVV 1975 als einen Grund für die Verringerung der Fahrgastzahlen angab, hat er selbst mit geschaffen, nämlich höhere Arbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaft tut sich schwer, gegen Fahrpreiserhöhungen was zu machen. „Zunächst", so der Pressesprecher des DGB, „soll die Meinungsbildung in den Betrieben laufen." Dann soll „Druck auf den Senat" ausgeübt werden. Konkrete Aktionen seien bisher nicht geplant. Auf die Frage, ob der DGB plant, bei den nächsten Tarifgesprächen die Forderung: „Volle Bezahlung der Montaskarte durch den Betrieb" zu erörtern, kommt die lapidare Antwort: „Wir werden die Tarifpolitik, besonders im Hinblick auf die Preisentwicklung, überprüfen." Einige Tage zuvor hörte sich das noch ganz anders an. Walter Holst, stellvertretender Vorsitzender des DGB, gab folgende, Stellungnahme ab: „Die Belastbarkeit der Arbeitnehmer durch ständige allgemeine Teuerung und Anhebung der Gebühren und Steuern hat die Grenze erreicht. Wir werden die Preiserhöhung nicht hinnehmen!"

Den vielen, die das Loch im HVV-Geldbeutel in Höhe von 178 Mio DM (1975) nicht aus eigener Tasche stopfen wollen und die sich kein Auto leisten können oder wollen, bleibt nur die Selbsthilfe. Trotz der Warnungen mit dem eingeblendeten 20-Mark-Schein in allen U- und S-Bahnen, in den Bussen, Straßenbahnen und Schiffen: „Schwarzfahren kommt teurer als die Fahrkarte: es sind täglich fast 18.000 Beförderte von 2 Millionen, die es drauf ankommen lassen. Die meisten zahlen überhaupt nicht oder nur recht selten, einige fahren über den Gültigkeitsbereich ihrer Fahrkarte hinaus, andere vergessen ihre Monatskarte. Und sie haben gute Chancen, am Fahrziel ohne vorherige Kontrolle auszusteigen.

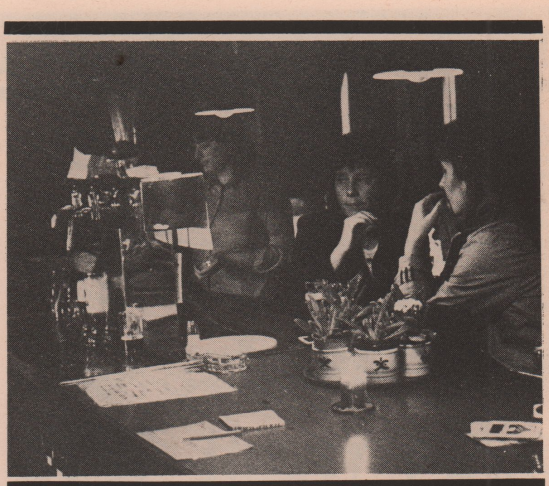
Erwischt werden wenige

Die derzeit in Zivil oder Uniform, die als Pärchen, allein oder auch zu viert, an Sperren gar in größeren Gruppen auftreten, kontrollieren lediglich 10 von 421 Millionen Fahrgästen im Jahr. Das entspricht einer Quote von 2,4 Prozent. Der HVV-Pressesprecher sagte uns dazu: „Wichtig ist nicht, wieviel wir erwischen, wichtig ist die Abschreckung."

So kontrollieren sie denn besonders an verkehrsreichen Knotenpunkten (z.B. Wandsbek-Markt mit 50.000 Fahrgästen täglich) und in den U- und S-Bahnen. Denn in die muß nach dem HVV-Prinzip, daß die Busse die Zubringer für die Schnellbahn sind, jeder früher oder später mal umsteigen. Relativ selten werden dagegen „Fahrgastprüfungen" in Bussen durchgeführt, oft nur ein Mal im Jahr. 1976 verzeichnete der HVV 170.000 „Fahrgastverstöße", aus deren Einnahmen er die Kosten für seine in diesem Zweig tätigen Angestellten und den Verwaltungsaufwand nicht decken kann. Viereinhalb Millionen Mark gibt die Pressestelle als Verlust an, der jährlich durch die unbezahlte und unentdeckt gebliebene Fahrt zur Arbeit, zur Schule und zum Einkaufen entsteht.

Anzeigen kann es schon nach einer, meist aber erst nach mehreren namentlich registrierten schwarzen Fahrten geben. Doch die Erfahrenen unter den Schwarzfahrern lassen sich auch dadurch nicht schrecken. Sie zahlen ihre 20.– DM in bar und kommen nicht in die Kartei.

Uwe



Ohne Angst vor "Anmache"

Eine Frauenkneipe wollten wir aufmachen. Mit dieser Idee trafen wir uns das erste Mal vor einem Jahr. Wir, das sind Frauen aus verschiedenen Gruppen der Frauenbewegung. Anfangs waren wir neun, inzwischen sind wir 13 Frauen. Wir hatten unsere Erfahrungen mit „normalen" Kneipen. Eine normale Kneipe sollte unser Vorhaben nicht werden. Bis es Ende letzten Jahres soweit war, hatten wir viele Probleme zu überwinden.

Wir wollen einen Treffpunkt, ein Zentrum schaffen, indem Frauen erstmal ohne Angst vor „Anmache" zusammen sein können. Frauen sollen die Möglichkeit haben, zusammen Sachen zu machen, Kontakte untereinander zu bekommen. Zum anderen sollte es ein „Alternativprojekt" werden, eine gemeinsame Sache, von der wir auch leben können. Wichtig ist uns, zusammen die Kneipe zu machen, zusammen die damit verbundenen Sachen zu lernen.

Zuerst holten wir uns also Informationen über Genehmigung, Bedingungen der Behörden, Organisationsformen, gleichzeitig guckten wir uns Gaststätten aus der Zeitung aus. Dabei kamen wir um einen Makler nicht herum.

Klar, war uns, daß wir mehrere Räume haben wollten. Und im November endlich konnten wir das ehemalige Sängerheim in der Stresemannstraße 60 beziehen. Das hieß: als Erstes: Entrümpeln und Renovieren. Aus dem ehemaligen Sperrmüll- und Bauschuttlager entstand die Frauenkneipe.

Das ging beileibe nicht mit gleichmäßigen Eifer. Oft mußten wir uns selbst und gegenseitig bestärken, mal wieder ordentlich was zu tun, Frust- und Erfolgsphasen wechselten sich ab. Was sehr toll war, daß viele Frauen dabei mitgemacht haben, Frauen, die einfach nur mal reinschauten. Zum anderen machten wir viele Sachen, die wir noch nie gemacht hatten,z.B. Kacheln.

Mit letzter Anstrengung schaften wir es dann zum 15. Januar. Der Einweihungsabend schaffte uns auch: etwa 400 – 500 Frauen standen und tanzten wie die Heringe; beim Thekendienst behinderten wir uns zeitweise. Aber die Stimmung war unheimlich gut. Den Abend krönte eine „Polizeiaktion". Streifen- und Abschleppwagen standen vor der Tür, um einen falsch geparkten VW-Bus zu beseitigen. Wegen der 120 Frauen, die dann auf die Straße strömten und johlten, mußten sie dann unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Die nächste Zeit verlief dann für uns ziemlich chaotisch. Wir organisierten den Kneipendienst. Außer uns machten auch andere Frauen mit. So hatten wir uns das vorgestellt. Nebenbei mußten wir weiterrenovieren und aufräumen: Keller, Küche, Büroraum. Es kamen Beanstandungen von der Behörde; z.B. mußten wir noch einen Extraraum abtrennen für Getränke- und Eßvorräte. Die öffentlichen Medien überrollten uns: Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen. Wir hatten nicht mit soviel Interesse gerechnet und ärgerten uns, daß wir in den meisten Fällen nur darauf reagieren konnten und mußten. Gleichzeitig kamen viele Frauen in die Kneipe, mehr als wir erwartet hatten. Das begeisterte uns natürlich.

Irgendwie klappte zwar alles, was klappen mußte. Aber wir standen dann vor der Schwierigkeit, viele Sachen machen zu müssen, die die Organisation der Kneipe betreffen und bekamen ein schlechtes Gewissen, daß außer dem normalen Kneipenbetrieb von uns aus sehr wenig lief. Wenn, dann war es spontan organisiert. Die Ankündigungen gingen teilweise unter.

Neben der Kneipe haben alle noch andere Jobs oder studieren, was die einzelnen Frauen unterschiedlich beansprucht. Die Verantwortung konnte von uns auch leicht auf die abgeschoben werden, die nach außen hin die Konzessionsinhaberin ist. So war unser größtes Bedürfnis, den Aufwand und die Energie für Organisation möglichst gering zu halten. Wir teilen uns untereinander die verschiedenen Bereiche auf wie z.B. Einkauf, Bestellungen, Buchhaltung, Programm, Sperrmüll etc. Diese Bereiche sollen nach einer Zeit von 1 bis 2 Monaten ausgetauscht werden, so daß jede jedes gemacht hat und Bescheid weiß. Langsam ist Land in Sicht, und ab April wird auch ein regelmäßiges Programm laufen.

Damit wollen wir Frauen ansprechen, die in der Kneipe Sachen machen könnten und wollen. (z.B. im Saal); z.B. können feste Filmtermine gemacht werden. Kommt zu uns, wenn Ihr irgendwelche Ideen habt oder überhaupt Lust, was zu machen. Wir können dann auch zusammen überlegen. Dafür findet auch an jedem ersten Sonntag im Monat um 14 Uhr ein Kneipenplenum statt.

Neben all den Schwierigkeiten, die ich versucht habe zu schildern, sind wir dennoch nicht am Boden zerstört. Trotz Chaos und Arbeit bringt mir die Kneipe auch einfach Spaß. Für mich ist es nicht nur der Ort wo ich etwas reinstecke an Zeit, Energie und Geld. Ich fühle mich oft stark, weil wir eine Gruppe sind, weil ich die Möglichkeit habe, selbst zu bestimmen, was und wie ich dort arbeite. Ich kann mich zusammen mit anderen ausprobieren und auch mal Mist bauen. Dieses Gefühl möchte ich auch gern den Frauen vermitteln können, die in die Kneipe kommen. Für mich bedeutet das Entwicklung. Denn die Kneipe ist noch nicht das, was wir an Vorstellungen im Kopf haben und was viele Frauen vielleicht an Erwartungen mitbringen.

HEW: Weniger zahlen

Fortsetzung von Seite 1

Hans Meier ist ein Gegner der Atomprogramms. Er will mehr machen, als alle paar Wochen bei einer Demonstration seine Meinung zum Ausdruck bringen. Da auch er HEW-Kunde ist und von der Aktion: „Kein AKW mit unserem Geld" gehört hat, will er sich daran beteiligen.

Als erstes zieht er, ein moderner HEW-Kunde, seine Einzugsermächtigung zurück. Dies kann er telefonisch oder schriftlich, ohne die Angabe von Gründen, bei der HEW tun (nicht bei der Bank). Er ist nun wieder selbstzahlender Kunde, was für die Aktion Voraussetzung ist. Nachdem er sich sein Kassenzeichen und die HEW-Kontonummer abgeschrieben hat, legt er seine Computerkarten (die jetzt noch für eine öffentliche Verbrennung benutzt werden können) beiseite und zahlt seine Beiträge per Einzahlung bei einer Bank oder Sparkasse.

Seinen Entschluß zur Beteiligung an der Aktion teilt Herr Meier der Initiativgruppe mit. Von dieser erfährt er nun, das sich bereits 1000 HEW-Kunden an der Aktion beteiligen werden und diese vom nächsten Zahlungstermin an beginnt.

Hans Meier zahlt nun nur noch 90% seines HEW-Betrages, unter Angabe seiner Kundennummer, auf eines der HEW-Konten. Die restlichen 10% werden dauf ein Treuhandkonto der Aktion „Kein AKW mit unserem Geld" bei einem Rechtsanwalt eingezahlt.

Nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der HEW kann die Stromlieferung fristlos eingestellt werden, wenn der Abnehmer den „allgemeinen Geschäftsbedingungen" zuwiderhandelt. Als Zuwiderhandlung gilt insbesondere die Nicht-Zahlung fälliger Rechnungen trotz Mahnungen. Es muß also in jedem Fall vorher eine Mahnung ins Haus flattern.

Sollte die HEW argumentieren, das bereits eine 10%tige Verweigerung Vertragsbruch sei und den Strom abstellt, werden unsere Rechtsanwälte durch eine Einstweilige Verfügung den Beschluß in kürzester Zeit rückgängig machen. Wichtig für uns aber ist vor allem, das sich in kurzer Zeit möglichst viele an dieser Aktion beteiligen und wir uns in den Stadtteilen regelmäßig treffen. Dann können wir uns gegenseitig beraten und neue Leute ansprechen.

Als letztes Mittel kann die HEW noch vor Gericht gehen. Der Streitwert, um den es dann geht, ist bei 10% der Stromrechnung gering, das die Kosten vermutlich unter 100.000 DM bleiben werden. Unsere Rechtsberatung ist auf diese Fälle vorbereitet. Bei Reaktionen der HEW kann sich jeder Beteiligte an sie wenden.

Diese Aktion des zivilen Ungehorsams soll nicht leichtfertig begonnen werden. Die Verweigerung beginnt erst, wenn sich 1000 Haushalte entschlossen haben, den Boykott zu beginnen. Gleichzeitig werden in Stadtteilinitiativen und Gruppen der Bürgerinitiative Umweltschutz weitere Bereitschaftserklärungen gesammelt. Ebenso führen wir öffentliche Veranstaltungen und Informationsstände durch. Beschlüsse über den Beginn, die Weiterführung oder den Abbruch dieser Aktion werden auf Vollversammlungen gefaßt. Die Initiativgruppe gibt unregelmäßig erscheinende Flugblätter über den Stand der Kampagne heraus, in der auch weitere Möglichkeiten des Widerstandes aufgezeigt werden. So kann zum Beispiel jeder, gerade wenn er sich am Boykott nicht beteiligt, sich als bewußter Energieverbraucher zeigen. Er sollte durch das Abschalten von Geräten seinen Verbrauch ebenfalls reduzieren.

Wer sich über diese Aktionsformen weiter informieren will, kann bei Theo Hengesbach, Große Heimstr. 66, 46 Dortmund 1, eine ausführliche Broschüre bestellen.
Eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema für den Raum Hamburg findet am 13. April in der ESG (Martin-Luther-King-Haus) Grindelallee 9 statt.
Unser Kontakt: Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion c/o Wolfgang Hertie, Großer Schippsee, 28, 2100 Hamburg 90.

Impressum
„Grosse Freiheit"
Zeitung für Hamburg und Umgebung. Erscheint monatlich. Auflage 8000.
Herausgeber: Hamburger Zeitungsinitiative.
Schlußredaktion für die Nr. 2: **E. Becker — V. Diehn — U. Emmenthal — M. Grüttner — A. Hilsberg — A.LeRoux — G. Zint**
Druck: „Die Druckerei", 2351 Hardebek. **Anschrift:** der Redaktion Glashüttenstr. 1, 2 Hamburg 6.
Konto: PschA Hamburg 3485 34 — 202, E. Becker. **V.i.S.d.P.** für diese Nr.: E. Becker. **Einzelverkaufspreis:** DM 0,50 incl. MWSt. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2.
Redaktionsschluß für die Nr. 3: 13. April **Öffentliche Veranstaltung:** 13.April. Nr. 3 erscheint am 28. April 1977

Trauerspiel um Kommunales Kino

Film- und Videoarbeit mit Schülern, Lehrergruppen und in Jugendzentren; Fotoarbeit und Filmvorführungen in Bürgerinitiativen, drei Medienzentren, etwa 40.000 Super-8-Filmer, mehr als ein Dutzend international bekannte Dokumentarfilmer und Filmmacher: Welche andere Stadt in Westdeutschland hat soviel Aktivitäten aufzuweisen? Aber diese Arbeit wird nicht unterstützt, nicht von Veröffentlichungen und öffentlichen Seminaren begleitet, sie leidet unter dem Mangel an Geräten und geeigneten Räumen. Die Freie und Hansestadt Hamburg tut nichts für sie. Den kümmerlichen Mitteln für die „Hamburger Filmschau" (30.000.–) stehen allerdings Millionen-Zuschüsse für Oper und Schauspiel gegenüber. Diese kulturlose Situation will eine Initiative ändern helfen: Seit dem Herbst liegt Kultursenator Prof Biallas ihre Forderung nach Einrichtung eines „Kommunalen Kinos" vor.

kommunales kino

arsenal KK KOMMUNAL-KINO BREMEN E.V.

iff Filmforum Cinemathek

Wuppertaler Film-Initiative

Bestrebungen nach Gemeindekinos, die den „schlechten Filmen" Einhalt gebieten sollten, gibt es seit mehr als 60 Jahren. Aber den „seriösen" Künsten, dem Schauspiel, der Oper, der „guten" Musik und den „Freien" Künsten werden bis heute aus Steuergeldern imposante Zuschüsse und noch größere Tempel zugestanden. Ohne ein breites Publikum zu erreichen, dürfen sie sich immer wieder selbst hochjubeln. Vor allem die Filmwirtschaft, aber auch das Fernsehen, verhindern bisher eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Medium Film.

Möglichst hohe Kassen–Einnahmen und Gewinne amerikanischer Verleiher sind allerdings nicht die Zielsetzung solcher Beschäftigung mit den Medien. Diese hätte sich zu orientieren an: Untersuchungen über Inhalte und Formen von Filmen; Diskussionen über Veränderungen und Verwendungen verschiedener Medien z.B. in Erziehung und Bildung; auch die Fragestellung, wie 40.000 Hobby-Filmer in Hamburg ihre Geräte anders nützen könnten als nur für Urlaubs-Erinnerungen, gehört zum inhaltlichen Rahmen für eine kommunale Medienarbeit.

Konkrete Aufgaben einer mit öffentlichen Mitteln sichergestellten Medienarbeit sind nach den Vorstellungen der hamburger Initiative: „Filme zur Diskussion stellen, die nicht über die kommerziellen Filmtheater angeboten werden; Seminare über Themen aus der Filmgeschichte; Filmreihen für Kinder, Lehrlinge, Bürgerinitiativen, Frauen; Kurse zur Einführung in praktische Medienarbeit u.a. für Schüler, Pädagogen, Gewerkschafter."

Kino als Treffpunkt

Interesse an eigener Verwendung und auch nach eigener Herstellung von Medien-Produkten tritt an vielen Orten des täglichen Lebens in Hamburg auf. Unterstützung und Förderung bleiben jedoch bisher weitgehend aus. Das Kommunale Kino in Frankfurt a.M. hat darin einen Anfang gemacht; durch den Einsatz des Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann wurde dort 1972 das erste Kommunale Kino gegründet; andere Städte folgten. Zum festen Angebot dieser Einrichtung gehören zum Beispiel: Filmkurse für Kinder; Dokumentarfilmseminare, u.a. mit dem hamburger (!) Filmmacher Klaus Wildenhahn; Filmreihen für Frauen; regelmäßige Einsätze in Jugendhäusern.

Diese intensive Arbeit erfordert allerdings auch entsprechende Räumlichkeiten, in denen Kasse und Bonbon-Bar nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Das Kommunale Kino soll ein Treffpunkt werden, in dem man sich zwanglos treffen und Filme ansehen kann, anschließend die Möglichkeit zur zeitlich unbegrenzten Diskussion hat, eine Bibliothek mit Fachliteratur zur Verfügung steht und Einrichtungen für praktische Kurse vorhanden sind.

Vorhang auf!

Wahljahr 1976: Da mochte wohl auch Hamburg nicht mehr zurückstehen. Die Forderung der Initiative für ein Kommunales Kino wurde von Prof. Biallas begüßt, 150.000,– in Aussicht gestellt. Statt nun umgehend mit der Arbeit anzufangen, hob sich erstmal der Vorhang für ein sicher nicht einzigartiges

Staats-Schauspiel. Wir geben es hier verkürzt wieder:

1. Akt: Das „Klecks-Theater" in der Glashüttenstraße macht dicht, weil die Förderung des Senats ausbleibt. Die Initiative möchte es gern als Räumlichkeit für das Kommunale Kino; aber der Besitzer des „Magazin"-Kinos ist schneller und macht das „Klick" auf. Die Stadt bedauert.

2. Akt: Die eingefrorenen 30.000.– für die „Hamburger Filmschau" werden dem „Filmforum zugesprochen. Dieser mit dem Abaton recht herzlich verbundene Verein soll „Filmtage" mit Jury usw. veranstalten. Die hamburger Filmmacher werden nicht gefragt. Ihre Boykott-Androhung aber wirkt: Im Dezember 1976 findet eine „Woche des Kommunalen Kinos" statt. In einem Zelt vor dem Abaton-Kino werden in Vorführungen und Seminaren Möglichkeiten einer „anderen" Filmarbeit dargestellt.

3. Akt: Diskussionen während der „Filmschau" sollen die Forderung nach einem Kommunalen Kino verdeutlichen. Die CDU-Vertreterin sagt nichts, die von der SPD etwas; die FDP ist vorbereitet: Unter gewissen Bedingungen könnte ja das Filmforum reihum in den hamburger Programmkinos, wie dem Abaton und dem Magazin, das Kommunale Kino stattfinden lassen. Sagt FDP-Parteimitglied Jochimsen, Vorsitzender des Filmforums, zu Parteifreund Biallas auf der Bühne.

4. Akt: Die Initiativgruppe fühlt sich verschaukelt. In einer Kneipe wird ein Protestschreiben formuliert. In dem „Vorschlag" der FDP sieht sie einen abgesprochenen Versuch, mit einer Art „kommunalem Wanderkino", die schlechten Kassen der Programmkinos an bestimmten Tagen aufzufüllen. Wie sagte doch Werner Grassmann, Mitinhaber des Abaton-Kinos: „Das Abaton . . . ist keine unabhängige Spielstelle. Es ist ein kommerzielles Kino . . ."

5. Akt: Zur gleichen Zeit, auch in einer Kneipe. Die SPD schmiedet Pläne, wie sie der FDP doch noch zuvorkommen kann. Ihr Kulturpolitischer Arbeitskreis möchte – gottlob – keinen Kommerz. Er zieht aus dem Konzept für das Kommunale Kino den Kunst-Aspekt der Medien heraus und weist ihm den sicher gebührenden Platz zu: die Kunst-Insel am Hauptbahnhof, dort wo sich allenfalls kunstbeflissene Hasen und Igel zwischen Kunsthalle, Kunsthaus und Kunstverein „Gute Nacht" sagen.

6. Akt: Bürgermeister Klose spricht sich, wie zu hören ist, gegen das Kommunale Kino aus, „weil die Initiative von Linksradikalen unterwandert sei". Die „linksradikale" Initiative aber freut sich über den, Lolly, den sie im Kunsthaus-Kino dann schlecken darf. Aber schon sieht die Kulturbehörde nicht mehr so rosig, wie wir erfahren konnten. Eine übliche, aber teure Kino-Projektion sei infragegestellt.

Schlußakt? Die SPD will das Volk zur Kunst kommen lassen; **von schon bestehenden Ansätzen einer Kulturarbeit, die zumindest versucht, die „Kultur ins Volk zu bringen", in die Stadtteile, in Jugendhäuser usw. will sie nichts wissen. Auch die „linksradikale" Initiative für ein Kommunales Kino müßte das bald merken. Wenn sie damit nicht zufrieden sein will, muß sie das Publikum in den Protest gegen die Pauker-Party- und Pornofilme praktisch einbeziehen. Die hamburger Medienzentren und ihre Arbeit sind dafür eine Voraussetzung. Die „Grosse Freiheit" wird in der nächsten Ausgabe mit der Darstellung dieser Arbeit beginnen.**

A. Pank

NEUE APOTHEKE St PAULI
(Inh. Regis Genger)

Clemens Schulzstr. 90
Tel: 3192694

UNI-KLAUSE

HAMBURG 13 · GRINDELHOF 33 · TELEFON 44 77 95

FASSBIERE		
Holsten-Edel	0,2 l	1,--
Holsten-Edel	0,4 l	1,80
Holsten-Pilsener	0,2 l	1,10
Holsten-Pilsener	0,4 l	2,--
Stern-Alt	0,2 l	1,--
Stern-Alt	0,4 l	1,90
Alsterwasser	0,4 l	2,--

FLASCHENBIERE	
Holsten-Export	1,70
Holsten-Diät-Pils	1,80
Holsten-Pilsener	1,80

WEINE		
Mosel	0,2 l	2,20
Rhein-Hessen	0,2 l	2,40
Weißherbst	0,2 l	2,50

WARME SPEISEN	
Franz. Zwiebelsuppe	3,--
Mexik. Bohnensuppe	3,--
Mockturtlesuppe	3,--
Erbseneintopf mit 2 Bockwürsten	4,50
Grüne-Bohnen-Eintopf mit Rindfleisch	4,50
Schlemmerfilet mit Reis (Fisch)	4,--
Bockwurst mit Brot	2,--
Bockwurst mit Kartoffelsalat oder Pommes Frites	3,20
Curry-Wurst mit Brot	2,30
Curry-Wurst mit Kartoffelsalat oder Pommes Frites	3,50
3 Spiegeleier auf Toast	3,--
Toast Hawaii	3,50
Hamburger Toast	3,50
Croque Monsieur	4,50
Strammer Max	5,--

Heinrich-Heine-Buchhandlung
Grindelallee 26 2000 Hamburg 13

Jack London: Wolfsblut (dtv) 4.80
Sophia Alf: Leitfaden Italien (Rotbuch) 14.00
Reiners/Volksholz: Gesundheitssystem in der BRD (VSA) 12.80
Bader u.a.: Handb. für Kindertagesstätten (rororo) 9.80
Bernt Engelmann: Trotz alledem –Deutsche Radikale 1777 – 1977 34.00

040/44 97 78

Wir haben ein Redaktionsbüro

„Grosse Freiheit" in der Glashüttenstraße / Eröffnung 13. April

Gegenüber vom „Klick"-Kino in der Glashüttenstrasse, mitten im Karolinenviertel, wird die Redaktion der Stadtzeitung „Grosse Freiheit" Mitte April ihre Redaktionsräume beziehen. Am 13. April werden wir unsere regelmäßige öffentliche Diskussionsveranstaltung dort stattfinden lassen. Alle Interessierten, Leser, Artikelschreiber, Gruppen und Initiativen, sind eingeladen, sich dort mit der Redaktion zu einer kleinen Eröffnungsfeier zu treffen und zusammen über die Zeitung zu sprechen. Beginn: 20 Uhr.

In unseren neuen Räumen werden wir endlich nicht nur ein Telefon haben (die Rufnummer bekommen wir allerdings erst Anfang April zugeteilt) sondern auch bessere Arbeitsmöglichkeiten für Vertrieb, Anzeigen und technische Herstellung der Stadtzeitung. Denn dieser Bereich ist genauso wichtig wie die inhaltliche Seite der Stadtzeitung. Für die technischen und organisatorischen Aufgaben brauchen wir noch sehr viel Unterstützung und Hilfe: gute Schreibmaschinen (vielleicht weiß jemand eine günstige elektrische), Regale, Ordner und Archivkästen. Bitte zur Einweihung mitbringen, möglichst aber noch früher abgeben oder Nachricht an die Buchhandlung „Hälfte des Himmels", Schlüterstraße 79,

Bis auf die Kritik am „Atom-Extra" (siehe auch Stellungnahme in dieser Ausgabe) haben wir überwiegend zustimmende Meinungen zur Nr. 1 der Stadtzeitung erhalten. Zufrieden sind wir und viele Leser jedoch noch nicht. Wir bitten vor allem alle Interessierten und Initiativen, uns Informationen über Veranstaltungen, andere Termine, Berichte über Erfahrungen und Erfolge in der eigenen Arbeit, Kontakte zu anderen Gruppen usw., zur Verfügung zu stellen. Darüberhinaus fordern wir alle auf, uns ihre Meinung zu einzelnen Beiträgen in der Zeitung zu schreiben. Wie sonst wollen wir und insbesondere die Leser erfahren, welche Wirksamkeit die Zeitung hat, welche Kritik und welche Vorschläge da sind. Nur auf der Grundlage einer regelmäßigen Mitarbeit an der Zeitung von möglichst vielen Leuten kann die Stadtzeitung eine Zeitung „von unten für unten" werden.

Genauso wichtig für die Entwicklung ist auch die Unterstützung und Mitarbeit im finanziellen Bereich. Wenn jemand selbst Anzeigen aufgeben möchte (wir haben mit dieser Ausgabe 8000 Auflage und ca. 20.000 Leser) oder uns Anzeigen besorgen kann, bitte telefonisch im Buchladen melden oder in unserer Redaktion abgeben.

Die Räume in der Glashüttenstraße 1 werden demnächst einen regelmäßigen Bürodienst haben. Bis der geregelt ist und wir Telefon haben, sind wir erstmals sonnabends von 11 bis 14 Uhr dort zu erreichen.

Redaktion „Grosse Freiheit"

CHEMISCHE KEULE GEGEN SCHÜLER

Oder: Was die Schülerkammer unter Demokratie versteht.

Viertausend Schüler waren am 3. März dem Demonstrationsaufruf der Schülerkammer Hamburg (SKH) und der Gesamtschülerräte gegen den neuen Schulgesetzentwurf (Vergl. Grosse Freiheit Nr. 1) gefolgt.
Zuvor hatte die Schülerkammer, die offizielle „Schülervertretung", versucht, die Bewegung gegen das Schulgesetz zu spalten und ihren Alleinvertretungsanspruch zu festigen. Das war ihr aber bislang nicht gelungen.

Was sie so wütend macht: Neben der SKH und unabhängig von ihr haben sich in den letzten Monaten an vielen Schulen autonome Basisgruppen gebildet, die Gesamtschülerräte. Die hatten am 23. Februar mit etwa 600 Teilnehmern eine eigene Demonstration gegen das Schulgesetz durchgeführt. Die SKH bezeichnet die Gesamtschülerräte als „illegal" und boykottierte deren Demonstration.

In den einzelnen Bezirken hatte die SKH „Beauftragte" ernannt, die Veranstaltungen zum Schulgesetz durchführen sollten. Sie hielt es nicht für nötig, die Schulsprecher der umliegenden Schulen, geschweige denn die Gesamtschülerräte, vorher auch nur zu benachrichtigen. Die Schülerkammer wird von der SDAJ (DKP-Linie) und den Jusos beherrscht. Und wenn die eine Demonstration machen, dann heißt das: andere Schülergruppen kommen nicht zu Wort. Das wurde am 3. März deutlich.

Der Landesausschuß Gymnasien (LASG) hatte nämlich Rederecht für sich beantragt. Reaktion von Günther Behling, Vorstandsmitglied der SKH: „Der Beschluß des LASG ist für die Schülerkammer natürlich nicht verbindlich". So demokratisch ist die Schülerkammer.

Die Demonstration

Ich war trotzdem noch einigermaßen optimistisch, als die Demo losging. Die Parolen fand ich ziemlich lahm. Die Forderung nach „Landesweitem Schulstreik" war noch die beste. Alles verlief ruhig, nur einmal wurde gesagt, ein Plakatkleber hätte eins auf die Nase gekriegt und die Bullen wären dazugekommen. Wir hatten am Anfang beschlossen, uns bei der Abschlußkundgebung nahe am Lautsprecherwagen zu treffen. Wir wollten unser Rederecht auch gegen den Willen der Schülerkammer durchsetzen.

Auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz erfüllten sich dann unsere Erwartungen. Als Redner: SDAJ und Jusos, ein Student vom AStA und eine Frau von der GEW. Um den Wagen herum eine Kette von lederbekleideten SDAJ-Schränken. Erst zaghaft, dann immer lauter wurde von immer mehr Leuten „Rederecht für die Streikschulen" gefordert. Dazu kamen dann teilweise ziemlich brutale Rangeleien mit den SKH-Ordnern. Aber an den Wagen kamen wir nicht ran. Wir waren zuwenige, einige hatten wohl auch Angst. Außerdem waren unsere Megaphone zu schwach. Also beschränkten wir uns darauf, dem Wagen den Weg zu versperren und weiter Rederecht zu fordern, als die Kundgebung für beendet erklärt wurde.

Plötzlich die Bullen

Sie gingen vor, wie Bullen eben vorgehen. Wir standen ruhig da – sie schlugen zu. Einem Fotografen, der auch bei der „Grossen Freiheit" mitarbeitet, wurde die Kamera zerschlagen und das Ohr lädiert. Wir zogen uns zurück und ließen den Wagen der Schülerkammer passieren. Obwohl die SKH-Leute im Wagen alles gesehen hatten, war von ihnen nichts dazu zu hören.

Dann wollten wir hinter dem Wagen her. Woraufhin unsere Freunde und Helfer die Schülervertreter mit Chemical Mace vor den Schüler schützten.

Eine Weile sah es so aus, als wollten die Bullen den Platz jetzt räumen, eine ganze Menge Leute verzog sich wohl deshalb. Wir machten trotzdem noch unsere Kundgebung, mit Megaphonen vom Blumenkasten aus. Da waren, glaub ich, noch 800 – 1000 Leute da. Anschließend zogen wir durch die Spitalerstraße zum Hauptbahnhof und dann nach kurzer Erprobung der Akustik in die S-Bahn.

Ich hoffe, daß dieses Verhalten für die Schülerkammer noch Folgen hat.

Carsten

Aufgebrachte Schüler versuchen, an das Mikrophon des Lautsprecherwagens der Schülerkammer heranzukommen, um ihre Meinung zum Vorgehen ihrer „Vertreter" zu sagen. Vergeblich. Mehr dazu in unserem nebenstehenden Artikel.

Der Polizeiknüppel war schneller: Ein Schüler versucht vergeblich seinen Klassenkameraden zu schützen.

Platz für die Schülerkammer! Mit der Chemischen Keule mußte Hamburger Polizei dem Lautsprecherwagen einen Weg bahnen, nachdem Schüler vergeblich versucht hatten, Rederecht am Mikrophon zu erhalten. Mehr dazu in unserem Artikel.

ZUG DURCH DIE GEMEINDE

Schüler im Streik gegen Schulgesetz

Hundert Schüler des Wirtschaftsgymnasiums Schlankreye haben in der Unterrichtszeit demonstriert. So stands Anfang März in der Morgenpost. Wie die Geschichte tatsächlich abgelaufen ist, konnte man nicht erfahren. Ein Schüler vom Eimsbütteler Schuldreieck, (Kaifu, Bismarck, Helene-Lange - Gymnasium) beschreibt hier die Ereignisse aus seiner Sicht.

Nicht hundert, sondern fast 600 waren es, die Donnerstagmorgen Eimsbüttel unsicher machten. Alles ging damit los, daß am Lange-Gymnasium (HLG) eine Oberstufenversammlung stattfand. Dort liefen Gerüchte um, an anderen Schulen werde gegen den Schulgesetzentwurf gestreikt und demonstriert. Verständlicherweise sollte bei uns deshalb auch gestreikt werden. Die Stimmung war gut. Einwände von wenigen, daß man doch erst mal abstimmen solle, und außerdem eine Demonstration genehmigt sein müsse, waren wirkungslos: An der Schultreppe standen plötzlich die Leute von der Schlankreye. Keiner war mehr zu halten.

Wir zogen zwischen HLG, Bismarck, Kaifu- und Emilie-Wüstefeld-Schule hin und her; jedesmal kamen von den einzelnen Schulen noch Leute hinzu. Mit ein paar anderen versuchte ich, den Zug auf die Straße zu bringen, was uns auch zeitweise gelang. Mehr als die halbe Seite aber war nie blockiert. Mehr ging dann nicht, die Angst vor den „Freunden" in Uniform, die da plötzlich auftauchten, war doch zu groß.

Irgendwann kam jemand auf einem Motorrad und erzählte, vor dem HLG seien Leute von Hegestraße und Curschmannstraße, die uns abholen wollten. Denen gingen wir entgegen und „besetzten" dann gemeinsam den Schulhof des Gymnasiums Schlankreye. Wir beschlossen, doch noch zur Berufsfachschule am Weidensteig zu gehen. Chaos beim Abmarsch, die Angst vor den Bullen, einige besonders Eifrige versuchten uns auf die Bürgersteige zu scheuchen. Die Leute vom Weidenstieg kamen dann nicht mehr mit, was daran lag, daß der Demonstrationszug zu langsam nachkam. So konnten wir nur noch unsere Parolen gegen das geplante Schulgesetz – leider mit viel zu schwachen Megaphonrufen. Eine Schülerin vom Sozialistischen Schülerbund rief dann noch zum Vorgehen gegen eventuelle Maßnahmen wegen der Beteiligung an dieser Demonstration auf, außerdem zur Teilnahme an der Demonstration der Schülerkammer. Großer Jubel.

Langsam hatten viele Durst bekommen, der Zug löste sich auf. Ich hatte die ganze Zeit ein sehr gutes Gefühl gehabt und glaube, daß es nach den Ferien erst so richtig losgehen wird. Vor allem wenn man bedenkt, daß diese Demonstration ziemlich spontan gelaufen ist. Aber wahrscheinlich war sie deshalb so gut.

Ein Schüler vom Schuldreieck

Abo-Bestellungen

Ich abonniere die „Grosse Freiheit" ab Nummer . . . .'77 für

3 Nummern (2,40 DM incl.Porto)
6 Nummern (4,80 DM incl.Porto)
12 Nummern (9,60 DM incl.Porto).
Förderabo ab Nr. . . . . für . . . . . Nummern (minds. 1.– DM pro Nummer)

Name:

Anschrift:

Unterschrift:

Das Abo wird berücksichtigt, sobald der entsprechende Betrag bei uns eingegangen ist (in Briefmarken oder auf das Konto: E. Becker, PschA Hamb. 3485 34 - 202)
Diesen Abschnitt an: „Grosse Freiheit", c/o Buchladen „Die Hälfte des Himmels", Schlüterstr. 79, 2000 Hamburg 13.

DOKUMENTATION
vom
Unterstützungskomitee

Ein ganz gewöhnlicher Mordprozess?
Zum Prozeß gegen K.H.Roth und Roland Otto und der Erschießung Philipp Werner Saubers

Karl-Heinz Roth

Wo Knastärzte
Treiber und Triebwerk sind
da ist *ein* Arzt
Sand im Getriebe geworden

Das Getriebe
will sich befreien
und sich *säubern*
von solchem Sand

Denn die Lügen
hassen die Wahrheit
wie die Vernichter
den Helfer

Wer heute
dem Helfer nicht hilft
dem ist morgen
nicht mehr zu helfen
Erich Fried

Verlag Association GmbH

Erich Fried
So kam ich unter die Deutschen
Gedichte
Bereits in den sechziger Jahren kam der jüdisch-österreichische Emigrant vor den Nazis, Erich Fried, zurück nach Deutschland – damals noch voller Hoffnung, daß sich die Vergangenheit nicht wiederholt.
Heute, nach Vietnam, der Studentenrebellion und dem mörderischen Polizeistaat BRD ist Fried Mitglied des P.P. Zahl-Komitees, Teilnehmer bei unzähligen Veranstaltungen zur Solidarität mit politischen Gefangenen und einer der bedeutendsten deutschsprachigen engagierten Lyriker. Seine Gedichtzusammenstellung zeigt, daß es bereits 5 vor 12 ist, aber auch Hoffnung und Mut zur Veränderung vorhanden ist.
ca. 90 S. ca. DM 8.–

Freitag/Heer/Hoier
Hilfreiche Broschüre zur Ausmerzung des TERRORISMUS
Wußten Sie es schon? Die TERRORISTEN leben unter uns. Wie sie sich tarnen und war ihr wahres Gesicht ist, zeigt diese Broschüre. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur inneren Sicherheit – diesmal von uns! zahlr. Abb. DM 5.–

Bruns/Schrammer/Larking/Bolle
Mit Samthandschuh und Eisenfaust
Polizei in der BRD
Diese Arbeit untersucht die Struktur der Polizei und die soziale Zusammensetzung der in ihr Beschäftigten. ca. 150 S., ca. DM 10.–

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 417484
Verlagsprogramm anfordern!

"Motte" braucht Hilfe

Unzufrieden mit der „Fabrik" und den sonstigen Angeboten im Stadtteil Ottensen, gründeten Anfang letzten Jahres 25 Lehrer, Künstler, Fotografen, Behinderte und Studenten die „Motte". In einer ehemaligen Zigarrenfabrik an der Ecke Eulen-/ Rothestraße wollen sie, wie es in der Vereinssatzung formuliert ist, „stadtteilbezogene Kultur- und Sozialarbeit" machen. Nicht Konsum sondern eigene Aktivitäten sollen hier ermöglicht werden. Große Pläne wurden entworfen, fast kiloschwere Anträge auf Zuschüsse an die Behörden, ja sogar an den Bund geschickt. Nur das Bezirksamt Altona gab bisher geringe Zuschüsse, die gerade zur notwendigsten Einrichtung reichen. Trotzdem sind einige Gruppen schon angelaufen: Jugendliche und Kinder arbeiten in Elektro- und Textilgruppen, spielen Theater, treffen sich in der Teestube. In den Ferien, die Ende März zu Ende gehen, gab es ein Freizeitprogramm mit Ausflügen, Fotokurs, Filmvorführungen und ein Kinderfest. Gut besucht war auch eine mit einer Stadtteilgruppe der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) gemeinsam veranstaltete Ausstellung zum geplanten Atomkraftwerk Brokdorf. Weitere Werkstätten und Angebote sind geplant, als nächstes folgt auf Anregung von Jugendlichen eine Moped- und Motorradwerkstatt. Hauptschwierigkeit ist weiterhin der Geldmangel, die Entscheidung in Bonn ist immer noch nicht gefallen. Jetzt muß die Initiative wieder mal auf eine kleine „Spritze" des Bezirks warten.

A.P.

Wem nützt die FABRIK ?

Euer Artikel über den Brand in der „Fabrik" in der letzten Ausgabe der Zeitung „Grosse Freiheit" ist bei vielen Leuten hoffentlich so gut angekommen wie bei uns. Dazu gibts aber noch einiges zu sagen. Wir sind einige Jugendliche, Schüler und Lehrlinge, und wohnen meist noch bei unseren Eltern in Ottensen. Wir haben schon seit längeren überlegt, was man an der Situation hier in Altona verbessern müßte. Denn von dem ganzen Wirbel, der jetzt um den Aufbau der „Fabrik" gemacht wird, haben sicher nicht wir den Vorteil sondern vor allem der Besitzer Horst Dietrich, seine Freunde im Rathaus und in der Eppendorfer Szene.

Das Programm der „Fabrik" kann man wohl kaum als sinnvoll für unsere Freizeitgestaltung im Stadtteil bezeichnen. Gerade abends wissen wir aber nicht, was wir machen können, ohne viel Geld auszugeben und dafür doch nur „berieselt" zu werden oder wie das heißt, kann man wohl nicht sprechen,auch weils zu laut ist. Woher kommt eigentlich der Anspruch, die „Fabrik" sei ein „fortschrittliches Kommunikationszentrum"? Weil der Staat von unseren Steuern und denen unserer Eltern Zuschüsse hineinsteckt? Von dem inzwischen zweimal erfolgten Rausschmiß von Fabrik-Mitarbeitern, die den Kommerz nicht mehr mitmachen wollten? Von den Kindern, die tagsüber in die „Fabrik" reindürfen?

Daß die „Fabrik" eine Einrichtung für uns sei, wird wohl am ehesten von denen geglaubt, denen die beschissene „Freizeitsituation" in diesem hamburger Stadtteil ziemlich egal ist. Bei uns gibt es schon seit Jahren kein Haus der Jugend mehr. Ein winziges Heim für „staatlich anerkannte" Jugendliche in der Bahrenfelder Straße soll bald bessere Räume erhalten, wie wir gehört haben. Aber was sollen wir machen, die wir keine Lust haben auf das übliche Vereinsleben und auf die ja reichlich bekannte Situation in staatlichen Jugendheimen?

In Ottensen haben sich vor einiger Zeit einige Leute zusammengetan und „Die Motte" gegründet. Die strengen sich zwar ganz schön an, um ihre Etage in einer ehemaligen Fabrik hinzukriegen und was in Gang zu bringen, aber die kriegen auch nur soviel Geld vom Staat, wie es zur Miete reicht. Ausserdem ist die „Motte" als Stadtzeitzentrum gedacht, in dem feste Angebote gemacht werden, aber keine offene Jugendarbeit, bei der wir selbst unsere Interessen bestimmen können. Das ist sicher auch ganz schön und gut, diese Sachen für Jung und Alt, für Ausländer und Kinder. Für uns bleibt da jedoch weder vom Geld noch von den Räumen her genug übrig. Was nun? In die Discothek um die Ecke? Flippern, saufen, sich vor die Glotze hauen und Krach mit den Eltern haben?

Von unseren „Alten" soll sich niemand wundern, wenn schon die Kinder anfangen, Banden zu bilden und aufeinander einzuschlagen. Wir kennen hier genug Leute, die sich Hertie „anschauen" als zur Arbeitslosen-Beratung zu gehen. Das bringt doch keine Lehrstelle.

Für ein Jugendhaus

Den Krach um die „Fabrik" vor ein paar Jahren, den ihr erwähnt habt, haben wir nicht mitbekommen, weil wir da zu jung waren. Einige von uns treffen sich ab und zu in einem Stadtteil-Laden aber da sind auch kaum Möglichkeiten, zusammen mehr zu machen, als Tee zu trinken und sich bei Schularbeiten helfen. Im Augenblick bleibt uns wohl nur die Hoffnung auf einen schönen Frühling, damit wir uns wenigstens auf dem Spielplatz treffen können. Oder gibt es einige Leute, die die Idee und vielleicht auch schon Vorschläge für eine Art Jugendhaus in Ottensen haben? Ein Zentrum, wo wir selbst bestimmen können, was wir wollen? In anderen Städten und in Vororten von Hamburg gibt es das schon. Wir wären dabei. Wer Lust hat, kann mit uns Kontakt aufnehmen. Wir treffen uns am Sonnabend, 2. April um 15 Uhr im Laden in der Arnemannstrasse 4. Dort wollen wir auch besprechen, wie wir eine Jugendzeitung für Ottensen machen können.

Einige Jugendliche aus Ottensen (Name und Adr.d.Red. bek.)

Mieter wollen Reparaturen

Bezirksamt: Nein, eine Wohnstraße / 60.000 Mark futsch?

Verdutzte Gesichter machten einige Hamburger Politiker und Behördenvertreter: Bewohner der Kleinen Brunnenstrasse im Stadtteil Ottensen wollen lieber dringend notwendige Reparaturen in ihren Häusern als Bäumchen und Blumen vor der Haustür. Ihre Forderungen äußerten sie Mitte März in einer vom Ottenser Sanierungsbeauftragten Walter Seeler einberufenen „Bürgerversammlung". Die Mieter merkten sehr schnell, was ihnen über diese Art von „Mitbestimmung" verkauft werden sollte.

Die Altbauten in der Kleinen Brunnenstraße, mitten im Ottenser Kerngebiet „Ottenburg" gelegen, gehören größtenteils der SAGA; nur wenige sind Privateigentum. Zwar hat die „gemeinnützige" SAGA keine Mieterhöhungen verschickt (siehe auch „Grosse Freiheit" Nr. 0 und Nr. 1), aber der Zustand ihrer Häuser kümmert sie hier wenig. Dafür möchte das Bezirksamt im Zuge der umfassenden Sanierungsmaßnahmen in Ottensen dort eine Art „Wohnstraße" zur Freude der Anwohner einrichten. Insgesamt viermal soll mit den interessierten Bewohnern – zumeist älteren Menschen und Ausländern diskutiert werden, ehe vom Bezirksamt eine Entscheidung gefällt wird.

Die aber ist im Grunde längst getroffen. Denn die vom Bezirk genehmigten 60.000 Mark seien „zweckgebunden", wie ein SPD-Politiker erklärte. „Wenn die 60.000 Mark nicht hier verwendet werden, dann wird das Geld eben in die Prahlstraße gesteckt", meinte der Bezirksamt-Vertreter.

Vertreter der anwesenden Mietergruppe Arnemannstraße wiesen darauf hin, daß die in Aussicht stehende „Beruhigung" der Straße einen erhöhten Wohnwert bedeuten könne, trotz nicht erfolgter Reparaturen und Modernisierungsarbeiten. Und das könne Mietsteigerungen bedeuten. Ihr Vorschlag: die SAGA müsse sich verpflichten, die Mieten zehn Jahre lang nicht zu erhöhen.

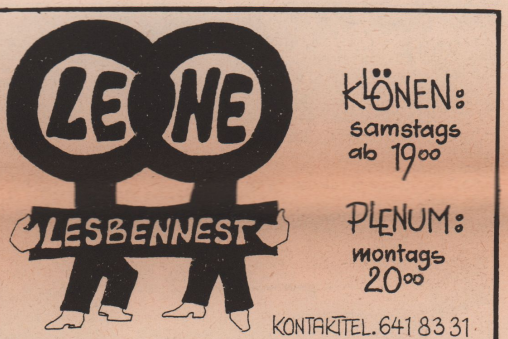
Ein Mieter hatte eine noch bessere Idee: „Die Umgestaltung des Straßenbildes könnte ja auch etwas billiger geschehen, vielleicht mit 10.000 Mark, dann könnte der Rest für die Reparaturen aufgebracht werden!" Bei den noch anstehenden Versammlungen wird sich zeigen, wie ernst diese Form der Mieter-Mitbestimmung gemeint ist.

A. Pank

BLAUE BLUME

PROGRAMM APRIL 77

1. Fr.	21 h	Cucho — Südam. Folk
2. Sa.	21 h	Patr. O Brien — Irish Folk
6. Mi.	21 h	Mario Hansen — Int. Folk
7. Do.	21 h	Cucho — Südam. Folk
8. Fr.	21 h	Patrick — Irish Folk
9. Sa.	21 h	Patrick
10. So.	21 h	Patrick
13. Mi.	21 h	Patrick
15. Fr.	21h	Patrick
16. Sa.	21 h	Cucho
20. Mi.	21 h	Mario Hansen
22. Fr.	21 h	Patrick
23. Sa.	21 h	Patrick



Die „runde Ecke" am Fischmarkt bleibt nun erhalten, der Senat hat es beschlossen. Die jetzigen Mieter, die jahrelang für den Erhalt der Gebäude gekämpft haben, haben das Nachsehen: ihnen wird gekündigt. Grund sei die längerdauernde Renovierung und Moderniesierung der Wohnungen Billig wird's dann am Fischmarkt sicher nicht mehr. Statt der Studenten werden dann wohl Familien mit mehr Einkommen die Komfort-Wohnungen beziehen. Bisher unerklärlich für die Bewohner: es brennt oft bei ihnen. Wer kann denn daran ein Interesse haben?

Rette sich wer kann!

Seit drei Jahren wird auf der Reeperbahn für die neue U-Bahn gewühlt. Gut so. Dieses Nahverkehrsmittel könnte den Straßenverkehr spürbar entlasten.

Seit drei Jahren ist die Simon-von-Utrecht-Straße die parallel zur Reeperbahn verlaufende Entlastungsader Richtung stadtauswärts. Die meisten Bewohner haben den in dieser schmalen Häuserschlucht dröhnenden PKW-, LKW- und Busverkehr nur ertragen können, weil sie es für eine vorübergehende Notlösung wegen der Bauarbeiten hielten. Die Empörung ist jetzt umso größer, da in diesen Tagen so nebenbei bekannt wird, daß das Provisorium zur „Endlösung" erklärt worden ist.

Die Auskunft der Verkehrsstaffel Mitte: „Eine politische Entscheidung. Die Verkehrstrennung am Millerntor bleibt bestehen." Einen Trost hat man bereit: Die Stresemannstraße soll mehr Verkehr aufnehmen können. Dort baut man zurzeit den Pferdemarkt aus, indem man die Grünfläche verringert und eine Fußgängerinsel beseitigt. Kenner, insbesondere die Anwohner der Stresemannstraße müssen das für einen Witz halten. Die Stresemannstraße ist schon lange bis an die Grenze des Erträglichen belastet. Das gibt auch Sachgebietsleiter Schuur im Hochhaus Berliner Tor zu: „Die Stresemannstraße bringt nichts mehr, da ist die Sternbrücke mit ihren Pfeilern und Begrenzungen das alte Problem."

Diese Offenheit ist schnell verflogen, als ich nach Zahlen über die Unfälle der letzten drei Jahre auf der Simon-von Utrecht-Straße frage. Darüber gebe es kein Zahlenmaterial, so „aufrichtig leid" es ihm tue, beteuert Herr Schurr. Außerdem könne er das nicht ohne Absprache mit der Pressestelle herausgeben. Der Dienststellenleiter ist jedoch auf einer Tagung und erst in drei Tagen zurück. So bleibt nichts anderes übrig, als selbst zu recherchieren. Ich frage die betroffene Bevölkerung dieser „City-Autobahn":

Leni M., Imbiss-Verkäuferin an der Grossen Freiheit: „Ich bin schon vor zwei Jahren aus meiner Wohnung an der Utrecht-Strasse ausgezogen. Das ging nicht mehr an. Ich kenn schon kaum noch Leute dort."

Da woll'n ja auch die meisten weg.

Verena B., Kellnerin: „In unserem Lokal ist vor zwei Jahren ein Tanklaster gekracht. Gottseidank saß auf der Eckbank hinter der Scheibe gerade keiner."

Benno Hummer, der sich selbst „All-Roundman" nennt: „Ich wohn hier nur noch weil das Haus bald abgerissen werden soll. Dann wär' ich schön blöd, jetzt selbst 'ne Wohnung zu suchen und den Umzug zu bezahlen. Das krieg ich doch dann alles wieder. Als wir aus seiner Wohnung nach draußen gehen, muß er höllisch aufpassen, daß sein Pudel nicht auf die „Rennbahn" gerät. Von seinem Telefon hat er schon „einige Dutzende Male" den Unfallwagen rufen müssen.

„Ein Ansteigen der Unfälle auf der Utrecht-Strasse ist hier nicht vermerkt!" versichert die Behörde. Benno Hummer, der bald 20 Jahre hier wohnt, erzählt etwas anderes aus seiner Nachbarschaft: „Dem Karl seine Frau hat der 36er Bus umgefahren, die ist tot. Einen Nachbarn hat's an der Talstraße erwischt. Dem haben sie das Bein amputiert."

Vom Millerntor bis zur Hein-Hoyer-Straße gibt es keine Fußgängerampel. Erst an der Talstrasse und an der Grossen Freiheit sind welche eingerichtet. Nur nützen die nicht viel. In diesem Stadtteil leben viele ältere Menschen, die sich an die Neuerung der Verkehrsregelungen nicht gewöhnen können.

Darauf steht hier die Todesstrafe! Wer das für übertrieben hält, sollte sich mal nachmittags für ein paar Minuten an diese „lebensvolle, pulsierende Verkehrsader" stellen. Der allein schon dadurch gewonnene Eindruck sollte „unsere" Politiker zur Durchsetzung eines menschengerechten Verkehrskonzeptes zwingen. Oder kommt es dann so, wie mir der Sachgebietsleiter der Verkehrsstaffel bedeutete: „Die waren dann die längste Zeit in der Politik!"

Günter

Ein Rentner stirbt auf der Simon von Utrecht-Straße. Mit erschreckender Regelmäßigkeit erleben die Anwohner solche Unfälle auf der „Todesstrecke".

Der Lärm an dieser „Schnellstraße", der Simon-von-Utrecht-Straße, ist für die Bewohner von St. Pauli kaum zu ertragen. Siehe unseren Bericht.

"Wir bleiben in Barmbek !"

Für mehrere Stunden legten 350 Arbeiter und Angestellte der Fahrzeugbaufirma Still-Esslingen Anfang März die Arbeit nieder. Die Belegschaft des Gabelstapler-Werkes in der Jarrestrasse protestierte damit gegen Absichten der Geschäftsleitung, den Betrieb zu schließen und damit die Arbeitsplätze zu gefährden.

Nach der Mittagspause gingen die Arbeiter des Betriebs mit einem kleinen Teil auch der Angestellten nicht wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Sie waren empört darüber, daß die Geschäftsleitung behauptet haben soll, die Belegschaft sei dazu bereit, bei einer Schließung in das Werk in der Billstedter Berzeliusstrasse umzuziehen. Ein Betriebsrat zur „Grossen Freiheit": „Das kommt nicht infrage. Drei Viertel der Arbeiter wohnen in Barmbek, rund um das Werk. Sie sind mit dem Stadtteil engstens verbunden und haben es zur Arbeit nicht weit."

Die durch Familien, Nachbarschaft, Kneipen usw. entstandene Gemeinsamkeit hat wohl auch dazu beigetragen, daß der Kampf der Belegschaft gegen eine Schließung des Werkes Ende der 60er Jahre relativ erfolgreich verlaufen ist. Eine Stillegung des Betriebs – das früher übrigens Kampnagel hieß und zum Demag-Konzern gehörte – konnte verhindert werden; einige hundert Arbeiter wurden jedoch entlassen. Damals standen Studenten vor den Toren und verteilten Flugblätter mit der Forderung nach einer Besetzung des Betriebs . . .

Auch im Hamburger Hauptwerk in der Billstedter Berzeliusstrasse gab es bereits Auseinandersetzungen. Nach der Entlassung von 100 Arbeitern im Frühjahr 76 beantragte die Geschäftsleitung Überstunden für die Belegschaft, was nach einigem Hin- und Her vom Betriebsrat nur unter bestimmten Bedingungen angenommen wurde: 75 Arbeiter mußten zum 1. Januar 77 neu eingestellt werden.

Wie der Kampf in der Jarrestraße weitergeht, ist noch offen. Denn eine Entscheidung des Konzern über die Schließung steht noch aus. Sie wird in den nächsten Wochen erwartet. Die Hoffnung, daß die Geschäftsleitung durch den Streik in Barmbek zu eindeutigen Aussagen gezwungen würde, hat sich bisher nicht erfüllt. Trotzdem ist die Belegschaft nicht entmutigt. Betriebsratsvorsitzender Drost: „Die Arbeiter und Angestellten haben mit Empörung auf Briefe reagiert, die von der Geschäftsleitung einige Tage nach unserem Streik verschickt worden waren. Darin hat sie versucht, die Belegschaft einzuschüchtern."

Und wie äußerte sich ein Sprecher des Unternehmens zu der geplanten Schließung? In der Hamburger Morgenpost hält er die Stillegung der Jarresstraße „für die vernünftigste Lösung, denn jetzt haben wir doch vieles doppelt, zum Beispiel Pförtner oder Telefondamen." Und im gleichen Atemzug: „Die Schließung ist eine Maßnahme zur Arbeitsplatzsicherung. Wir werden noch neue Leute einstellen müssen."

Diese Garantie aber hat die Belegschaft nicht bekommen, wie auch ein Ortssekretär der IG Metall Hamburg erklärte, die den Streik offiziell nicht unterstützt hat. Die Belegschaft hat die Arbeit wiederaufgenommen. Für sie scheint klar, daß der Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen nicht nur mit dem Arbeitsplatz zu tun hat sondern das gesamte Leben einbezieht.

A. Pank

Warnstreik

Mehr als 1000 Arbeiter und Angestellte der Lufthansa legten am 17. März für fast eine Stunde die Arbeit nieder. Sie folgten damit einem Aufruf der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die die Tarifverhandlungen in diesem Bereich für gescheitert erklärt hatte.

Die Forderung der ÖTV: 1977 kommt nur eine abgestufte Lohnerhöhung von zehn Prozent für die untere Einkommensklasse und von acht bis sechs Prozent für die Spitzenverdiener infrage. Diese abgestufte Prozent-Forderung wird vor allem damit begründet, daß die Personal-Festkosten völlig falsch verteilt sind. Denn sieben Prozent der bei der Lufthansa Beschäftigten beanspruchen 20 Prozent der Lohnaufwendungen. Das ist hauptsächlich das Cockpit-Personal wie Flugkapitäne. Boden- und Kabinenpersonal wird dadurch erheblich benachteiligt.

Den Lufthansa-Managern ist der geforderte Abstand von vier Prozent der Lohnstufen zu hoch. Sie befürchten einen erneuten Angriff auf die ihrer Meinung nach sinnvolle Vergütung nach Leistung und Aufgabenstellung und sind daher gegen eine Angleichung der Einkommen. Ihr Angebot: 6,8 Prozent für die unteren und 5,2 Prozent für die oberen Lohngruppen.

Außerdem soll, wenn es nach ihnen geht, der Tarifvertrag einen Monat länger als bisher laufen. Auf 12 Jahre gesehen, könnten sie damit eine Tarifrunde sparen.

Dieses provokative Angebot erfüllt fast die Forderung der ÖTV für die sowieso schon Besserbezahlten. Die niedriger Eingestuften sollen jedoch wieder zu kurz kommen. Das ist eine Ungerechtigkeit für sie: denn diese niedrige Erhöhung reicht bei weitem nicht aus zur Deckung der Mehrbelastungen z.B. durch höhere Sozialabgaben und gestiegene Lebenshaltungskosten.

Obwohl es zwischen Gewerkschaft und Lufthansa kein offizielles Schlichtungsabkommen gibt, hat die ÖTV in eine „freiwillige Ad-hoc-Schlichtung" eingewilligt. Sie will damit, wie sie sagt, auf friedlichem Weg zur Lösung des Tarifkonfliktes kommen.

KINDERBÜCHER
SPIELZEUG
PÄDAGOGISCHE FACHLITERATUR
PÄDAGOGIK · KINDERBUCH
Fachbuchhandlung
PAKI
Schlüterstrasse 86
2000 Hamburg 13
Telefon: 454340
Schaut doch mal bei uns rein.

KOMMT IN UWE'S TRÖDELLADEN!!
Hier gibt es einfach alles!
UWE'S
TRÖDELBUDE & TRÖDELHALLE
Marktstraße 123 Laeiszstraße 16
Tel. 430 06 81
2000 Hamburg 6 (Karolinenviertel)

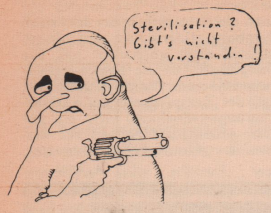
Mutterglück – Nein Danke

Ich will keine Kinder. Ich habe mir noch nie eins gewünscht. Für Babies kann ich nicht mehr als höfliches Interesse aufbringen. Die Vorstellung von Schwangerschaft und Geburt hat mich immer etwas befremdet. Und mich schreckt der Gedanke, jahrelang für ein Kind sorgen zu müssen. Ich möchte mein Leben nicht auf kaum absehbare Zeit von einem Kind abhängig machen.

„Sichere" Verhütungsmittel wie Pille oder Spirale haben bekanntlich mehr oder weniger schädliche Nebenwirkungen, die ich nicht in Kauf nehmen will. Da bleibt nur die Sterilisation – eine sichere Methode ohne Nebenwirkungen. Allerdings mit einem Operationsrisiko verbunden und der Mühe, einen Arzt zu finden, der es macht. Ich hatte schon seit langem beschlossen, mich irgendwann sterilisieren zu lassen, aber die Bittgänge zu irgendwelchen Ärzten gefürchtet. Nach Holland fahren, wo es relativ problemlos geht, wollte ich nicht. Die Strapaze der Reise möchte ich nicht auf mich nehmen, und die 500 Mark, die der Eingriff kostet, habe ich auch gar nicht. Und eigentlich habe ich auch gar nicht geglaubt, mal schwanger zu werden – bis es passiert ist. Daß ich die Schwangerschaft abbrechen lasse, stand fest, und weil ich in Zukunft nicht in ständigen Ängsten leben will, kam auch nur eine anschließende Sterilisation in Frage. Es ging dann alles einfacher, als ich geglaubt hatte.

Ein Frauenarzt (bei dem ich schon länger Patientin war) erklärte sich bereit, den Schwangerschaftsabbruch legal vorzunehmen. Ich erfuhr auch, daß er Sterilisationen ambulant durchführt.

Der § 218 sieht fehlenden Kinderwunsch als Indikation für Schwangerschaftsabbruch nicht vor, also blieb soziale Indikation. Meine soziale Notlage wurde mir auch ohne weiteres bescheinigt – ich bin arbeitslos und lebe größtenteils von der Sozialhilfe. Meinen Wunsch nach der Sterilisation mußte ich dem Arzt allerdings mit meiner ausgewogenen und wohlüberlegten Entscheidung gegen das Kinderkriegen begründen – diese Argumentation hatte bei dem Antrag auf Schwangerschaftsabbruch nicht gegolten.



Eine paradoxe Situation. Der Arzt bemühte sich mit verschiedensten Argumentationen vergebens, mich von meinem Vorhaben abzubringen (viele Frauen würden Depressionen kriegen nach einer Sterilisation, oder ich könnte ja mal einen Millionär heiraten, und wenn der dann einen Nachfolger braucht . . .). Schließlich willigte er ein, den Eingriff vorzunehmen – auf Krankenschein. Ich vermute, daß mein gewichtiges Alter von 29 Jahren die Ernsthaftigkeit meines Entschlusses unterstrich.

Beide Eingriffe – Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation – sind eine Woche später in der Praxis gemacht worden. Unangenehm war dabei, daß ich vorher mindestens 10 Minuten nackt auf dem OP-Tisch, Beine festgeschnallt, liegen mußte, während hier und da ein Instrument angebracht oder sonstwie an mir rumgepiekt wurde, bis ich endlich in Narkose war.

Die Sterilisation ist mit der laparoskopischen Methode durchgeführt worden. Durch einen winzigen Schnitt im Bauchnabel wird ein Sehrohr eingeführt. Ein paar Zentimeter tiefer, durch einen ca. 1 cm langen Schnitt, wird ein Instrument geleitet, mit dem die Eileiter elektrisch verschmort werden. Damit man die Organe besser erkennen kann, wird die Bauchhöhle durch einen der Einschnitte mit Gas aufgepumpt. Der untere Schnitt ist genäht worden, der Einstich im Bauchnabel nicht.

Nach dem Aufwachen schmerzten die Wunden ziemlich stark, was aber sehr schnell verging. Zurück blieb ein Gefühl von starkem Muskelkater im Bauch. Der Eingriff hatte etwa gegen 10 Uhr stattgefunden, gegen 14 Uhr konnte ich nach Hause gehen. Das hört sich zwar ganz munter an, ich war aber noch sehr wacklig auf den Beinen, und hatte das Gefühl, einen Stein verschluckt zu haben. Alleine hätte ich mich kaum Anziehen können, und das Ein- und Aussteigen beim Auto war sehr beschwerlich. Zu Hause war ich heilfroh, wieder ins Bett zu kommen. Abends ging's aber schon so gut, daß der Wein wieder schmeckte. Am Tag drauf habe ich mich im Bett noch sehr viel wohler gefühlt als außerhalb, wo ich mehr rumschlich als ging, weils im Bauch so ziepte. Außerdem hatte ich Schmerzen in den Schultern – das kommt von dem Gas. Nach drei Tagen war aber alles fast völlig vorbei, und vier Tage nach der Sterilisation bin ich – zwar nicht im gewohnten Eilschritt, aber schmerzfrei – wieder draußen rumgelaufen. Das Staubsaugen mußte ich allerdings sehr schnell und erschöpft wieder aufgeben. Eine Woche nach dem Eingriff ist der Faden gezogen worden. Zu der Zeit habe ich mich schon wieder ganz gesund gefühlt.

Heute – während ich den Bericht ergänze und abtippe – liegt die Sterilisation sieben Wochen zurück, und ich bin sehr zufrieden mit meinem Entschluß. Ich finde es befreiend, überhaupt nicht mehr an Verhütung denken zu müssen, nicht alle vier Wochen ängstlich auf die Regel zu warten. Irgendwelche negativen Folgen habe ich nicht erlebt. Ich sehe allerdings ein Problem: genau wie bei der Pille, einer fast ebenso sicheren Verhütungsmethode wie der Sterilisation, braucht sich der Typ nicht um die Verhütung zu kümmern. Nach pillenlosen Jahren haben viele sexuelle Praktiken – zumindest für die Frau – gleichberechtigt nebeneinander gestanden. Die Notwendigkeit, gelegentlich auf die Penetration zu verzichten, fällt weg. Und da liegt die Gefahr, daß sich männerbestimmte Sexualität wieder durchsetzt. Zärtlichkeit und Formen sexueller Befriedigung, die für Frauen oft lustvoller sind als der Koitus, könnten wieder degradiert werden zum raschen „Vorspiel", auf das die „eigentliche" Befriedigung folgt. Das wären aber Folgen der Sterilisation, die mit dem Verschwinden der Fruchtbarkeit nichts zu tun haben..

Was geschieht bei der Sterilisation?

Sterilisation bei der Frau heißt, daß die Eileiter an einer Stelle undurchlässig gemacht werden. Beim Eisprung verläßt ein Ei den Eierstock und kann von den männlichen Samenzellen im Eileiter befruchtet werden. Das befruchtete Ei wandert in die Gebärmutter, wo es sich einnistet. Sind nun die Eileiter unddurchlässig, können sich die Samen nicht hoch- und das Ei nicht runterbewegen. Daher findet keine Befruchtung statt. Eine Unterbrechung der Eileiter behindert aber nicht den Eisprung und die Menstruation. Sie ist kein Eingriff in den Hormonhaushalt.

Es gibt verschiedene Methoden der Sterilisation bei der Frau. Eine – die laparoskopische Methode – ist in dem Bericht beschrieben. Es gibt eine ältere Technik, bei der ein ca. 3 cm langer Schnitt durch die Bauchdecke gemacht wird. Danach ist ein mehrtägiger Krankenhausaufenthalt erforderlich. An manchen Kliniken wird die vaginale Methode angewandt. Bei einer weiteren Methode werden die Eileiter durch die Gebärmutter erreicht und ebenfalls elektrisch verschmort. Bei den letzten Methoden ist kein Krankenhausaufenthalt erforderlich.

Männersterilisation

Die Sterilisation des Mannes ist technisch sehr viel einfacher als bei der Frau. Viele Männer schrecken davor zurück, weil sie fürchten ihre Potenz zu verlieren, oder gar kastriert zu werden. Das erklärt wohl auch, daß in der BRD ca. 10 mal so viel Frauen sterilisiert werden als Männer. Diese Befürchtungen sind unbegründet. Der Eingriff wird ambulant bei örtlicher Betäubung durchgeführt. Es wird ein kleiner Schnitt durch die Haut gemacht, und die Samenleiter werden durchtrennt und abgebunden. Beim Orgasmus ändert sich fast nichts, denn die Spermien machen nur einen sehr geringen Prozentsatz der Flüssigkeit aus. Der Samen wird auch weiterhin produziert, er gelangt nur nicht in die Samenflüssigkeit, sondern wird im Hoden abgebaut.

Rechtliche Lage

In der BRD gibt es keine juristische Möglichkeit, einer Frau oder einem Mann die Sterilisation zu verbieten oder zu verweigern. Es ist dem Ermessen des Arztes überlassen, ob er den Eingriff vornimmt oder nicht. Meist wird die Sterilisation nur Frauen gestattet, die über 25 sind, verheiratet, und mehrere Kinder haben. Bei Männern ist es ähnlich – sterilisiert werden in der BRD im allgemeinen nur die Väter vielköpfiger Familien. Es gibt aber auch Ärzte mit liberaleren Kriterien.

In Holland ist es einfacher: wer über 25 ist (egal, ob Mann oder Frau), und den Wunsch nach der Sterilisation überzeugend begründen kann, wird operiert. Allerdings muß man den Eingriff selber bezahlen. Beim Mann kostet er ca. 250 DM, bei der Frau ca. 500 DM. In der BRD zahlen die Kassen.

Weitere Information über Sterilisationsmöglichkeiten in Hamburg (Vermittlung von Ärzten) gibt es im Frauenzentrum. Beratungsstunden: Dienstags und Freitags, 17 – 20 Uhr. Adresse: Frauenzentrum, Langenfelder Str. 64 d, 2 Hamburg 50.

Sterilisation – Eine Notlösung, die wir uns erst noch erkämpfen müssen. Hrsg. v. Freia Hoffmann. Verlag Frauenoffensive.

Barbara

Frauenliteratur-Kongreß

Hamburger Frauen laden zu einem Kongreß über Frauenliteratur ein (vom 22. bis 24. April im Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13). Die Frauen schreiben in ihrem Flugblatt u.a.:

Frauenliteratur ist inzwischen in Mode gekommen. Verlage stürzen sich auf das gewinnsprechende Thema; und politisch enttäuschte bzw. linksfeindliche Tendenzen erobern das Gebiet. Wir sehen aber politische Möglichkeiten in der Frauenliteratur und meinen auch, daß Literatur ein wichtiger Faktor für die Frauenbewegung ist, (gerade die Frauen können ja eine neue Qualität in die linke Bewegung bringen, wenn sie die Trennungen zwischen öffentlichen und privaten, politischen und scheinbar unpolitischen Fragen durchbrechen). Wir wollen auf einem Treffen mit allen Interessierten über die heutige Situation und die Perspektiven der Frauenliteratur diskutieren und Erfahrungen austauschen

Unkostenbeitrag:
für Materialen und Räume usw. 5.–
Kontaktadresse:
Ruth Geiger und Sigrid Weigel, Haynstr. 7, 2000 Hamburg 20, Tel. 040/ 48 60 33

Damit die Vorbereitung für uns etwas leichter ist (Räume, Getränke usw.) bitten wir euch, euch bis zum 10. April **schriftlich** anzumelden. Das geht auch gruppenweise mit ungefährer Teilnehmerzahl.

Mannsbilder

Eine Gruppe von Männern hat ein Buch geschrieben, das Männerbilder heißt. Sie schreiben von ihren Erfahrungen, die ihr Selbstbild als Männer ins Wanken gebracht hat; sie schreiben von ihren Wünschen und Sehnsüchten. Jeder hat Texte für sich geschrieben, die dann in der Gruppe zusammen diskutiert wurden.

In den Geschichten werden Situationen beschrieben, in denen sich auch einige von uns wiedererkannt haben. Über die Schwierigkeiten, die wir Männer in Beziehungen mit Frauen haben, sprechen wir nur wenig mit andern Männern. Versuche, sich zu verändern werden meist im Alleingang unternommen. Dieses Buch mit seinen Geschichten und Gesprächsprotokollen von Männergruppen zeigen Möglichkeiten auf, diese Sprachlosigkeit zu überwinden und die eigenen Probleme nicht nur als individuelle anzusehen und anzugehen. Hier nun ein Auszug aus der ersten Geschichte:

Mittagsschlaf

Ich weiß, daß ich dich nicht drängen darf. Ich weiß, daß du erstarrst, wenn ich sage, daß ich Lust auf dich habe. Ich weiß das mit meinem ganzen Körper, weil ich mit meiner ersten Frau das erlebte, was du jetzt mit mir erlebst: Sie wollte immer etwas von mir, und sogar wenn sie, von mir darum gebeten, sich zurückhielt, empfand ich das als bedrängend. Ich habe diese Frau gehaßt, weil ich spürte, daß sie mich auffressen wollte.

Also liege ich in meinem Bett neben dir in deinem Bett und warte, gehe nicht auf dich zu. Aber von dir kommt nichts. Statt einer Andeutung von Zärtlichkeit bald gleichmäßiger Atem, der mir anzeigt, daß ich aufhören kann zu warten. Ich liege wach, und in meinem Kopf beginnt eine langsame kreisende Bewegung. Ist es zuviel verlangt, wenn ich ein kleines Zeichen von Zärtlichkeit will, damit ich weiß, daß du mich liebhast?

Du weigerst dich einfach, für mich da zu sein. Dabei trägst du dauernd deine Brust, deinen Rücken, deine Achseln und dein dunkles Dreieck hier vor mir im Zimmer umher. Ich weiß nicht, ob ich hinschauen soll, wenn du die Bettdecke zurückschlägst, dann aber nochmal zum Spiegel gehst, um dir Brust und Po einzucremen und dich dann hinlegst, zudeckst und wegdrehst. Warum machst du das, warum bist du überhaupt hier, wenn du nicht hier bist.

In meinem Kopf kreist es schneller. Ich werde wütend auf mich, weil ich nicht einfach ein Mann bin, der dich nimmt. Willst du nicht vielleicht vergewaltigt werden? Regt dich mein vorsichtiges Abwarten auf?

Diese ganzen Fragen an deinen ruhigen Atem. Soll ich dich aufwecken, oder einfach abhauen, soll ich warten bis du aufwachst und dir dann eine Szene machen? Weißt du überhaupt was los ist? Hast du mich schon wahr genommen?

So hat es keinen Sinn. Ich setze mich auf im Bett, nehme meinen Penis zwischen die Hände und onaniere. Lustvoll. Vor allem will ich dir zeigen, wie du mich in Stich läßt (vielleicht schläfst du doch nicht so tief?) –. Aber es kommt keine Reaktion von dir. Ich hoffe, nach dem Abspritzen schlafen zu können.

Immerhin, die Drehbewegung hat aufgehört und ich bin soweit wieder klar, daß ich versuche, mich aus dieser Situation selbst zu befreien. Ich kleide mich an (auch die Schnürstiefel) und mache einen Spaziergang.

Im Freien merke ich meine Verwirrung. Ich kann nicht mal die umgebende Natur wahrnehmen. Ich will krampfhaft aufhören. Gedanken zu denken, die zu keinem Ende führen. Ich will aufhören mit Gedanken, die mir Leid produzieren.

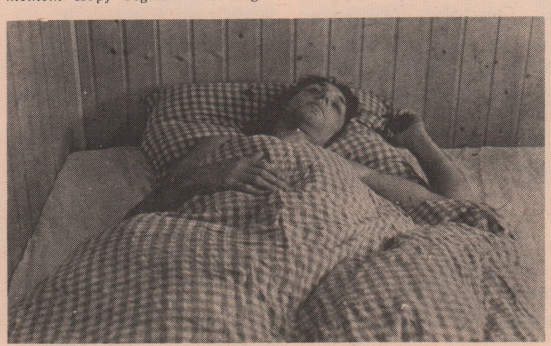
Metakommunikation mit mir selbst, dabei auf einen Hügel hinauf. Oben schöner Blick über die Landschaft und ich komme mir kitschig vor. Meine Gedanken passen nicht hierher.

Büsche mit eigenartigen, wächsernen Knospen. Ich sammle einen Blumenstrauß. Für mich? für dich, will ich dich geneigt stimmen? Mist, ich sammle ihn gegen das kahle Zimmer.

Als ich zurückkomme schläft sie noch. Ich hätte länger wegbleiben sollen, dann hätte sie sich noch Gedanken machen müssen über mein Wegsein. So wird sie halt wach und brummelt was von „. . . schon aufstehen?"

Wieder habe ich mir gezeigt, daß es egal ist was ich tue, ich tu's immer für sie oder gegen sie oder auf sie hin, aber ich kann nicht mehr für mich tun. Das macht es mir so höllisch, daß ich merke, wie sie mich hat, in welchem Maße sie Macht über mich besitzt.

Zweiter Spaziergang an diesem Nachmittag, jetzt mit ihr zusammen. Verspanntes Neben - einander - hergehen, Hinweise auf die schöne Landschaft. Ein gepflasterter Serpentinenweg, grün zwischen den Steinen, von engstehenden Zypressen gesäumt, sicher eine Einmaligkeit, aber ich bin nicht in der Lage diesen Weg zu erleben. Umso absurder, daß wir uns über Landschaft, Weg und Blumen unterhalten. Ein „zwangloses" Gespräch, zwanglos, weil der Zwang, den ich empfinde, nicht zum Gegenstand wird. Deswegen gibt es keine Vermittlung zwischen uns, erscheint mir das Sprechen nebensächlich. Ich warte, warte, warte, daß sich etwas tut zwischen uns, daß wir darüber reden können, obwohl ich davon nicht viel halte. Aber irgendwann mußt du doch wieder lieb sein zu mir, mußt du doch aufhören mit deiner sturen, trockenen nüchternen Kälte . . .



Vielleicht sind jetzt einige Leute enttäuscht, daß diese Geschichte hauptsächlich auf der beschreibenden Ebene bleibt und es fast nur ums vögeln geht. In der ersten Geschichte wird die Problematik des Männerverhaltens gegenüber Frauen exemplarisch angerissen. Hinterfragt werden die Schwierigkeiten von Männern gegenüber Frauen und andern Männern (Slogan: Raus aus dem Django-Schritt) eigentlich erst in den andern Artikeln. Lösungen und fertige Rezepte kann und will das Buch nicht geben. **WS**

Das Buch ist im Trikont-Verlag erschienen und kostet 10.– DM.

maximilian aus münster, 12jähriger zeichner und illustrator aktueller ereignisse, ist autor der nebenstehenden szene . wir haben noch mehr davon

KINDER ORGANISIEREN IHR LEBEN

Gibt es ein Mitbestimmungsrecht für die Kinder in der Heinrichstraße? Mit dieser Frage und anderen Aufgaben der Arbeit des Kinderhauses in der Heinrichstraße beschäftigt sich dieser Beitrag, der von Erziehern der Einrichtung geschrieben worden ist. Die Redaktion der Stadtzeitung „Grosse Freiheit" stellt diesen Artikel zur Diskussion und hofft, daß Eltern, Erzieher und andere Interessierte Berichte und Diskussionsbeiträge auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen zu der vorliegenden Darstellung des Erziehungskonzeptes schreiben.

Noch vor der Eröffnung des Kinderhauses in der Heinrichstrasse haben wir die Frage der Gleichberechtigung von Erwachsenen und Kindern auf Elternabenden diskutiert. Dabei kamen wir überein, daß die Kinder durch ihre bisherige Erziehung nicht in der Lage sind, sich selbst zu „verwalten". Aufgabe der Arbeit bei uns soll es sein, die Kinder zu Selbständigkeit, Kritikfähigkeit und Gerechtigkeit zu erziehen. In den die Kinder betreffenden Fragen sollen sie bei Entscheidungen mit den Erziehern gleichberechtigt werden. Untereinander sind es die Kinder, und wir versuchen, das alle Fragen und Probleme gleichberechtigt gelöst werden. Das heißt nicht, das wir Gleichmacherei betreiben. Wir gehen davon aus, das alle Kinder verschiedene Fähigkeiten haben.

Arbeitsteilung und „Extrawürste"

Hierfür einige Beispiele: In unserem Haushalt fällt für jeden Bewohner, je nach Alter, eine bestimmte Arbeit an, das heißt, da die Kinder sehr früh selbstständig werden sollen, das sie sich untereinander zeigen, wie Schuhe gebunden werden, wie sie Messer und Gabel benutzen, daß jedes Kind seine benutzten Sachen wegräumt. Sie staubsaugen, decken ihren Tisch und räumen ab, gießen die Bäume, leeren den Papierkorb usw. Die ganz Kleinen und die Großen, alle erledigen eine Arbeit. In unserer Gruppe ist ein gehbehinderter Junge, der sehr viel Angst hatte, weil er bisher immer wegen seiner Krücken ausgelacht wurde. Wir haben mit den Kindern über seine Krankheit geredet und ihn im Krankenhaus besucht. Als der Junge dann zu uns kam, wurde er nicht gehänselt, sondern die Kinder benutzten seine Krücken mit; bei Ausflügen wird er manchmal von den Größeren getragen.

Ein spanisches Gastarbeiterkind, das kein Wort deutsch sprach, hielt sich an keine der Regeln, die wir mit den Kindern aufgestellt hatten. Das führte immer wieder zu Auseinandersetzungen.Da die Kinder glaubten, das für den Jungen eine „Extrawurst" gebraten wurde, einigten wir uns, die Regeln ebenfalls in Spanisch aufzuschreiben. Weiter versuchten wir die Kinder davon zu überzeugen, das jedes Kind bestimmte Rücksichten erfordert.

Ebenso ist das Problem des Schlafens teilweise gelöst. Nachdem die Großen erst lärmend durch die Halle rannten und die Kleineren dadurch nicht schlafen konnten, ist es inzwischen soweit, das sie Rücksichten nehmen wollen. Sie machen sich gegenseitig darauf aufmerksam, das sie sich ruhig verhalten wollen.

Natürlich gelingt nicht alles von heute auf morgen und manches geht erst mal schief.

Sich gegenseitig helfen

Jede Woche führen wir eine Kindervollversammlung durch. Auf diesem Plenum werden zum einen aktuelle Dinge besprochen wie die Finanzlage des Hauses, besondere Ereignisse der Woche, zum anderen dient es der Kritik untereinander und der Suche von Lösungen.

In den Vollversammlungen versuchen die Kinder ihre Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Anfangs war es so, das sich die Kinder mit der lautesten Stimme durchsetzten. Daraufhin haben wir die Vereinbarung getroffen, das wenn die Kleineren, Leiseren sprechen die Anderen ganz besonders ruhig sind. Auf der Vollversammlung werden die Wochenpläne von Kindern und Erziehern gemeinsam gestaltet und verabschiedet. In diesen Plänen, die für alle verbindlich sind (also auch für Erzieher), wird vorgeschlagen und besprochen, was in dieser Woche gemacht wird.

Ebenso werden die Arbeiten einzelner Gruppen besprochen oder vorgeführt. Beispiele sind Wandzeitungen, Plakate, Interviews und Vorbereitungen für Aktionen und Feste.

Ein kleiner Teil der Selbstorganisation findet im Bereich der Finanzen statt, da die Gruppenkasse von Kindern geführt und Ausgaben gemeinsam beraten werden.

Das ist – im Gegensatz zum städtischen Kindergarten eine für uns sehr wichtige Sache, weil wir zwar auch feste Gruppen haben, wir aber tortzdem den Kindern ermöglichen wollen, sich mit den Erfolgen, mit den Arbeiten und Freuden der anderen zu beschäftigen, Tips und Hilfestellungen zu geben und sich gegenseitig so weiterzubringen.

Mancher „besorgte" Pädagoge wird sich nun fragen, ob wir die Kinder mit diesen Dingen nicht überfordern, ob wir sie nicht in einen Zwiespalt bringen. Im Kinderhaus lernen sie, selbständig zu werden, sich ihr eigenes Urteil zu bilden, ihre Meinung zu sagen, Kritik offen zu üben. Alles Dinge, die „draußen", sprich in der Schule und in der Gesellschaft nicht gefragt sind.

So gibt es bei uns keine speziellen Jungenspiele oder Aufgaben, ebensowenig wie für Mädchen. Die Kinder lernen jeden Tag in der Praxis, das Mädchen genauso schlau sind wie Jungen und Jungen genausogut nähen und abtrocknen können wie Mädchen. Aufgrund dieser Erfahrungen wird es den Kindern erst möglich, sich gegen gängige Klischees zu wehren und Rollenverhalten abzubauen.

Zum Anderen diskutieren wir mit den Kindern auch aktuelle politische Fragen, wie die der Energieversorgung.Eine Kindergruppe hat sich dazu Zeitungen und Broschüren, auch von der HEW, besorgt und dann ein Rollenspiel gemacht. Sie haben sich mit Erziehern als Atomkraftgegner und Befürworter verkleidet und dann über das Problem Kernenergie diskutiert. Nach einigem Hin und Her haben dann die Gegner gewonnen. Danach gingen einige große Schulkinder auf die Straße und machten Interviews mit Erwachsenen. Mit ihrem Wissen haben sie manchen in die Tasche gesteckt und Spaß gehabt.

Wenn uns nun wegen der hier dargestellten Arbeit der Vorwurf der „Indoktrination" gemacht wird, können wir nur zurückfragen: Was kann jemanden mehr stärken, als gemeinsame Erfahrungen in der Lösung von Problemen und im Umgang mit seinem Wissen zu machen? Oder sollten wir schon damit die Kinder verderben?

Weitere Informationen zur Heinrichtstraße siehe „Grosse Freiheit"Nr. O und Nr. 1. Unsere – neue – Redaktionsadresse: Stadtzeitung „Grosse Freiheit", Glashüttenstrasse 1, 2 Hamburg 6. –

Unsere Adresse

Verein Kinderhaus e.V.
Heinrichstraße 14 a
2000 Hamburg 50
Tel.: 43 30 49 Spendenkonto:
Bank für Gemeinwirtschaft
12 44 44 61

ZIVILDIENST – AUF DEM WEG ZUM ARBEITSDIENST ?

Ca. 40000 Männer verweigerten letztes Jahr den Kriegsdienst und müssen früher oder später „ihren" Zivildienst ableisten. Einer davon war ich. Bei meiner Entscheidung hatte ich vor allem zwei Gründe: Ich bin psychisch nicht stark genug um in der Bundeswehr – zersetzend – zu arbeiten und außerdem glaubte ich im Zivildienst eine sinnvolle Arbeit als Alternative zur Bundeswehr machen zu können. Das hieß für mich eine Arbeit, mit der den besonders betroffenen dieser Gesellschaft geholfen werden könnte, ihre Rechte durchzusetzen.

Zivildienst eine Alternative

So arbeite ich seit 1976 in der Zivildienstgruppe Hamburg. Unsere Aufgabe ist das Betreuen von alten Menschen, die noch in ihrer Wohnung leben, d.h. saubermachen, einkaufen, helfen bei Problemen mit Behörden, psychische Betreuung. Im Durchschnitt betreut ein ZDL (= Zivildienstleistender) 4 - 5 Menschen am Tag. Für viele Kollegen die in Kirchengemeinden arbeiten kommt dazu noch die „Betreuung" von Pfarrers Garten u.ä. dazu. (Das die Bezirksämter so was nicht machen, liegt wohl daran, daß sie keinen Garten haben).

Auf den ersten Blick scheinen die Arbeitsbedingungen gar nicht so schlecht zu sein, und sie sind auch (noch) wesentlich liberaler als bei der Bundeswehr. Doch diese Liberalität ist vordergründig, und das Bundesamt für den Zivildienst hat jederzeit die Möglichkeit, eine härtere Gangart einzuschlagen (was es im Moment auch tut). Rechtliche Grundlage des Zivildienstes ist das Zivildienstgesetz von 1973, und das ist – mit allen seinen Vorteilen für den Staat – fast wörtlich beim Soldatengesetz abgeschrieben. Es sieht dieselben Disziplinarmaßnahmen vor, verbietet politische Betätigung und Streik und macht sie dadurch zum rechtlosen Objekt. Außerdem werden auch militaristische Strukturen im Zivildienst verstärkt. Bis vor einiger Zeit wurden diese Möglichkeiten vom Bundesamt und den einzelnen Dienststellen nicht voll ausgeschöpft, obwohl das Bundesamt sich in Konfliktfällen immer gegen uns gestellt hat.

Seit einiger Zeit machen sich jedoch verstärkt Tendenzen geltend die auf eine Durchmilitarisierung des Zivildienstes drängen und daraus einen allgemeinen Arbeitsdienst machen wollen. Der Grund dafür liegt darin, daß wir mit der Sparpolitik immer häufiger als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden, wir Lohndrücker und eventuell auch Streikbrecherfunktionen übernehmen. Einige Beispiele sollen das Gesagte verdeutlichen: In der Privatklinik Dr. Guth in Hamburg ist ca. 10% des Pflegepersonals durch Zivildienstleistende ersetzt, in manchen Bezirksämtern wird die Telefonberatung nicht mehr von ausgebildeten Sozialarbeitern gemacht, sondern von ZDL. Auch in Hamburg gibt es Beispiele: Kollegen, die z.B. Putzarbeit machen, bekommen nur 30% des Lohns, den der Staat Putzkräften normalerweise zahlt – obwohl der mit DM 7.– die Stunde („Frauenlohn") schon niedrig genug ist.

Weitergehende Pläne sehen vor, den Zivildienst auf Bahn und Post ausweiten. Und wenn dann in den 80er Jahren die geburtenschwachen Jahrgänge vielleicht wieder alle fürs Vaterland sterben" dürfen, dann sollen die Mädchen dienstverpflichtet werden: Das ist dann allgemeiner Arbeitsdienst.

Gegen solche Tendenzen wehren wir uns. Da damit Sand ins Getriebe des Staates gestreut werden könnte, wendet das Bundesamt zunehmen auch vorbeugende Disziplinarmaßnahmen an. Höhepunkt dieser Militarisierung ist bisher die Entrichtung der ersten Kaserne für Zivildienstleistende in Castrop-Rauxel. Sie soll zum 1. April bezogen werden, nachdem der ursprüngliche Termin 1.12.1976 von den ZDL verhindert werden konnte. Der Zweck ist klar: noch stärkere Kontrolle.

Auch in der Zivildienstgruppe Hamburg sollen die Kollegen stärker als bisher kontrolliert werden. Da war jedoch das Faß voll. Nach ausführlicher Diskussion weigerten sich die Kollegen!

Wehrt euch, leistet Widerstand!

Diesen Ansatz des Widerstands gilt es auszubauen. Dies ist auch schon angefangen worden. In Hamwir uns auf einer Vollversammlung gegen die Kaserne aus,andere Gruppen verfaßten Protestschreiben,u.v.a.m.

Die Bundesdelegierten–Konferenz der Selbstorganisation der ZDL hat dazu auch bundesweite Aktionen beschlossen. Unter anderem sollen bundesweite Protestschreiben verfaßt und die Informationsarbeit verbessert werden. Dazu soll dieser Artikel beitragen. Auch neue Formen des Protests werden entwickelt.

Zum Schluß noch ein Hinweis: die Ortsgruppe Hamburg hat zum Thema „Militarisierung im Zivildienst" eine Dokumentation gemacht, die allen empfohlen werden kann, die sich mit diesem Thema befassen wollen. Erhältlich im linken Buchhandel oder direkt bei unserer Adresse.

Antimilitarismusgruppe im MLK – Martin Luther King Haus – Grindelallee 9, 2 Hamburg 13.

GASTSTÄTTE EICHENBURG
2 HAMBURG 19 BISMARCKSTR 40
Geöffnet von 18 - 2 Uhr . Telefon 405536

Dow-Chemical-Werk bei Stade

270 000 Strahlenopfer

In der Vergangenheit ist lange Zeit angenommen worden, es gebe bei radioaktiver Bestrahlung des Menschen eine „Toleranzgrenze" unterhalb derer keine gesundheitlichen Schäden mehr auftreten. Inzwischen gilt es jedoch als sicher, daß diese Grenze nicht existiert, daß auch geringste Mengen Radioaktivität bereits schädlich sind. Atomkraftwerke geben aber ständig geringe Mengen radioaktiver Stoffe an die Umwelt ab, insbesondere wenn sie profitabel arbeiten sollen. Die Internationale Strahlenschutzkommission hat deshalb den Begriff der „zulässigen", d.h. ungefährlichen Dosis, durch den Begriff der „akzeptablen" Dosis ersetzt. Sie geht also nicht mehr davon aus, daß es unschädliche Mengen radioaktiver Strahlung gibt, und ist bereit, eine bestimmte Anzahl Kranker und Toter mit der Betreibung von AKW's zu akzeptieren.

Der alte Mann und die Strahlentoten

„Berechnet man die Strahlentoten, die jährlich in der ganzen Welt auftreten würden, wenn jeder Mensch die Dosen an künstlicher Strahlung, die die ICRP für zulässig hält, auch tatsächlich erhalten würde, so ergeben sich bei gemäßigter ... Rechnung jährlich etwa 200.000 Strahlenopfer. Hinzu kommen noch jährlich etwa 70.000 genetisch schwer geschädigte, aber — zunächst wenigstens — lebensfähige Kinder. Auch diese Zahlen hinzunehmen wäre ich — wenn es nicht anders möglich wäre — in Anbetracht des Nutzens, den uns die ioniesierenden Strahlen bieten — gerne bereit."

(Prof. F. Wachsmann, Mitglied der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP). Wachsmann hat mittlerweile das Pensionsalter erreicht, wird also wohl nicht mehr zu den von ihm „gerne in Kauf genommenen" 270.000 Strahlenopfern pro Jahr gehören).

Von vielen Befürwortern der Atomenergie wird auf die natürliche radioaktive Strahlung hingewiesen. Diese sei sehr viel größer als die künstliche und der Mensch lebe trotzdem schon seit Jahrtausenden ungefährdet mit ihr, wird gesagt.

Vermutlich ist jedoch auch die natürliche Strahlung für viele Schäden, wie Krebs, Mißbildungen und Erbgutveränderungen verantwortlich. Eine Untersuchung von 1.240.000 Säuglingen im Staat New York z.B. ergab, daß ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Mißbildungsrate und der Höhe der natürlichen Radioaktivität besteht. Je größer die natürliche Radioaktivität war, desto höher lag auch die Mißbildungsrate.

Der größte Teil der natürlichen Strahlung besteht jedoch aus Gammastrahlen, dem ungefährlichsten Teil radioaktiver Strahlung. Sie geht zum großen Teil durch den Menschen durch, während die künstlichen Stoffe sich im Körper an bestimmten Stellen konzentrieren. (Schilddrüse, Hirnanhangdrüse, Geschlechtsorgane). An diesen Körperteilen ist die radioaktive Belastung auf den gesamten Körper dann sehr viel größer als von den Behörden berechnet, für „akzeptabel" gehalten wird.

Krebserzeugung

Man kann heute davon ausgehen, daß auch im völlig unfallfreien Normalbetrieb durch AKW's Krebs erzeugt werden kann. Der Krebs tritt jedoch in der Regel erst etwa 5 – 30 Jahre nach Bestrahlung auf. Das ist einer der Gründe, die es so schwierig machen, exakte Angaben über die Gefährlichkeit von AKW's zu machen. Besonders gefährdet sind Embryos und Säuglinge. Es ist z.B. nachgewiesen worden, daß Kinder, deren Mütter während der Schwangerschaft gerönt worden waren, weit öfter an Leukämie erkrankten, als andere.

Erbschäden

Bei einer Bestrahlung der Fortpflanzungszellen (Eizellen der Frau, Samenzellen des Mannes) können Erbschäden ausgelöst werden. Ein Kind, das sich aus einer geschädigten Keimzelle entwickelt, trägt den genetischen Schaden in allen Zellen seines Körpers. Dieser Schaden kann an die Nachkommen vererbt werden. Symptome von Erbkrankheiten können zwar in manchen Fällen gelindert werden, eine Heilung ist jedoch niemals möglich. Je nachdem welcher Teil der Erbinformation geändert bzw. zerstört ist, können sich die Mutationen als Stoffwechselstörung oder als Deformierung von Organen und Gliedmaßen äußern.

Kein Kommentar

„Eine 10%tige Zuwachsrate der Mutation wird, was immer es auch an persönlichen Leiden nicht öffentlichen Geldern verschlingt, nicht die menschliche Rasse zum Aussterben oder sogar zu ernsthafter Degeneration bringen ... Wir ... können daher als Spezies noch eine gemäßigte Mutationsrate absorbieren, ohne Gefahr zu laufen auszusterben."

(Aus einem Bericht der Atomaren Energiekommission der USA (AEC) über Erbgutschäden durch Atomenergie.)

Die durch ein AKW bewirkten Erbschäden dürften kurzfristig nur geringe sichtbare Folgen haben. Auch hier gilt, daß die eigentlichen Auswirkungen erst nach langer Zeit sichtbar werden, wenn das AKW selbst wahrscheinlich schon nicht mehr in Betrieb ist. Weil solche Schäden zur Zeit nicht so krass sichtbar sind, können sie auch verharmlost oder geleugnet werden.

Literatur zum Thema Atomenergie

BUU, Kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo, Verlag Association (erscheint in den nächsten Tagen), ... DM.

E. Gaul, Atomenergie — ein Weg aus der Krise, rororo, 3,80 DM.

Projekt SAIU, Zum richtigen Verständnis der Kernenergie, 66 Erwiderungen, Oberbaumverlag, 7,20 DM. H. Strohm, Friedlich in die Katastrophe, Verlag Association, 13 DM. Von Strohm sind außerdem im gleichen Verlag mehrere Broschüren erschienen. P. Weish/E. Gruber, Radioaktivität und Umwelt, Gustav Fischer Verlag, 12.80 DM.

Terror an Atomgegnern

Während in Gorleben am 12. März über 15000 Menschen gegen die Wideraufbereitungsanlage friedlich demonstrieren, knüppelten in Lübeck Polizisten Demonstranten nieder und mißhandelten Festgenommene und Fotografen.

Vorausgegangen war ein Informationsstand der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke auf der Breiten Straße in Lübeck. Vor einer größeren Menschenmenge informierte die Gruppe über die Gefahren der Kernenergie. Plötzlich tauchte Polizei auf, beschlagnahmte die Megaphone, und setzte die „chemische Keule" gegen die Demonstranten ein. Nachdem trotz des Vorfalls die Veranstaltung weiter ging, traten ca. 30 Polizisten in Aktion. Ein AKW-Gegner wurde festgenommen, ebenso ein Fotograf, der den Vorfall aufgenommen hatte.

Darauf zogen Demonstranten und Passanten zur zuständigen Wache, um die Freilassung des Festgenommenen und den Film des Fotografen zu fordern. Die Polizei räumte erneut den Platz durch Knüppeleinsatz und Faustschläge, nahm noch einen Fotografen fest dessen Film sie auch behielt. In einem Hauseingang wurde eine Frau von einem Polizisten gewürgt, eine zweite von dessen Hund gebissen. Mit einer Platzwunde am Hinterkopf wurde eine andere Frau ins Krankenhaus geliefert, ein Jugendlicher mehrmals mit dem Gummiknüppel ins Gesicht geschlagen.

Ein Rechtsanwalt der von den Festgenommenen gerufen worden war, wurde aus der Wache gedrängt, sein Begleiter festgenommen. Die Dienstnummern oder Namen der beteiligten Beamten wurden auf nochmalige Anfragen nicht mitgeteilt.

Einige Tage später führten die Atomkraftgegner in Lübeck eine Demonstration durch, um über den brutalen Einsatz der Polizei zu informieren. Die Forderungen der Demonstranten waren:

- Gerichtliche Verfolgung der Beamten, die sich rechtswidrig verhalten haben.
- Zurückgabe der Beschlagnahmten Filme und Megaphone.
- Keine gerichtliche Verfolgung der festgenommenen Personen.

Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Lübeck.

Arbeitsplätze durch Atomkraftwerke ?

Forts. v. S.1

Industrieansiedlung an der Unterelbe

Als vor einigen Monaten in der Umgebung von Stade eine Fabrik zur Stickstoffherstellung eingeweiht wurde, sahen einige Herren darin einen neuen Erfolg ihrer Industrieansiedlungspolitik. Arbeitskräfte, um diesen „Erfolg" zu bejubeln, waren allerdings nur wenige gekommen. Die Anlage arbeitet vollautomatisch. Ein Techniker zur Steuerung und Überwachung genügt. Investitionskosten: 6 Millionen. Ein Einzelfall?

Nicht unbedingt. In einem Kraftakt ohnegleichen ist in den letzten Jahren von den Landesregierungen Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und Hamburgs entlang der Unterelbe eine massive Industrieansiedlungspolitik betrieben worden. Stade, Brunsbüttel und das Hafenerweiterungsgebiet im Süden Hamburgs sind bislang die Schwerpunkte.

Konsequenzen dieser Politik sind: Die Zerstörung ganzer Dörfer und Stadtteile (in Hamburg: Altenwerder und Moorburg), von Landwirtschafts- und Erholungsgebieten (vor allem im Alten Land), die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Stadtteilen, denen die Industrieanlagen direkt vor die Tür gesetzt werden (Finkenwerder, Bützfleth), die Umwandlung der Elbe in einen Industrie- und Abwässerkanal (aus dem schon zu 30% krebsbefallene Aale gefischt werden).

Um ansiedlungswilligen Unternehmern „billige Energie" zu liefern, wurde entlang der Unterelbe ein Dutzend Atomkraftwerke geplant. Wie billig diese Energie ist, hat die Hamburger Bevölkerung erfahren. Um ihr Atomprogramm finanzieren zu können, hat die Industrie erhält dagegen – in der Tat – billige Sondertarife. Die Folge: Obwohl die Hamburger Bevölkerung nur etwa ein Drittel des HEW-Stroms verbraucht, muß sie mehr als die Hälfte der Gesamtstromkosten bezahlen.

Die Begründung für den Bau der Atomkraftwerke: Arbeitsplätze müssen her.

Auf welch wackligen Füßen diese Argumentation steht, hat in Hamburg schon das Beispiel Reynolds gezeigt. Aber auch woanders sieht es ähnlich aus.

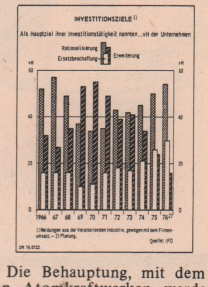
500 Mill. Steuergelder für 600 Arbeitsplätze

Bei allen neuangesiedelten Betrieben handelte es sich um äußerst kapitalintensive Betriebe: Verglichen mit dem Investionsaufwand und den staatlichen Zuschüssen, ist die Zahl der Arbeitsplätze gering.

Paradepferd niedersächsicher Industrieansiedlungspolitik ist die Ansiedlung von Dow Chemical und der Vereinigten Aluminiumwerke VAW bei Stade. Bislang sind dadurch etwa 600 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Gleichzeitig wurde die Produktion in dem VAW-Werk Hannover eingeschränkt. 250 Arbeitskräfte aus Hannover wurden in Stade übernommen.

Um den Unternehmen die Ansiedlung schmackhaft zu machen, mußte der Staat tief in die Tasche greifen. Dow und VAW konnten insgesamt 500 Mill. an staatlichen Subventionen kassieren. Wäre das Geld den neu eingestellten Arbeitskräften ausbezahlt worden, hätten die sich ihr Leben lang in die Sonne legen können.

Ähnlich in Brunsbüttel. Hier waren einst bis 1985 14.000 neue Arbeitsplätze angekündigt worden. In einer kürzlich veröffentlichten Schätzung des Arbeitsamtes Heide ist nur noch von 3.000 die Rede. Beim Bau des Atomkraftwerks in Brunsbüttel, in dem zeitweilig 1.500 Arbeitskräfte beschäftigt waren, kamen nur 250 Arbeiter aus der Umgebung. Seit der Fertigstellung sind dort 21 Personen in 3 Schichten tätig. Meist Spezialisten.



Die Behauptung, mit dem Bau von Atomkraftwerken werde das Ziel verfolgt, Arbeitsplätze zu schaffen, wird unter diesen Umständen zur Farce. Sie ist in erster Linie ein Propaganda-Instrument derjenigen, die dort, wo dieses Argument nicht mehr wirkt, mit Knüppeln, Tränengas und Chemical Mace vorgehen.

Um allen gerecht zu werden, sollte aber auch die positive Seite dieser Angelegenheit nicht vergessen werden. Denn wer könnte leugnen, daß auch in Brokdorf bereits neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind? Ich denke dabei vor allem an die vielen Werkschützer, die Tag und Nacht hinter Stacheldraht und Mauer unsere freiheitliche Grundordnung bewachen. Um ihretwillen werden wir auch die nächste, von der HEW bereits angekündigte Strompreiserhöhung gern bezahlen – oder?

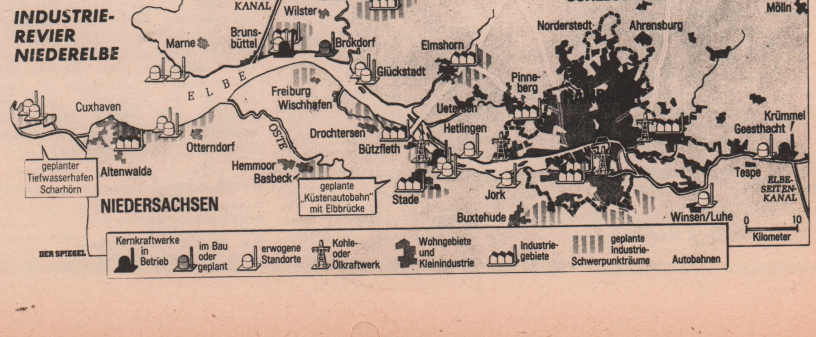
mgr.

Fischsterben am Kernkraftwerk

Hunderte Kilogramm von Elbfischen werden jeden Monat am Kühlwassereinlauf des Kernkraftwerks Brunsbüttel vernichtet. Grund: die elektrische „Fischscheuchanlage" verliert durch die Verschmutzung des Flußes ihre Wirksamkeit. Die Abwasserlast der Elbe stört das Reaktionsvermögen der Fische, die normalerweise durch die elektrischen Impulse von den Rosten des Einlaufbauwerks ferngehalten werden.

Wissenschaftler der Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg haben deshalb dringend Geldmittel zur Entwicklung neuer Fischscheuchanlagen gefordert. Dr. Egon Halsband, einer der international führenden Experten für diese Schutzeinrichtungen vor Kraft- und Industriewerken, machte darauf aufmerksam, daß das Fischsterben vor Brunsbüttel bereits seit Inbetriebnahme der Anlage im Jahre 1973 registriert worden war.

Wenn die Wissenschaftler nach den Gründen für das Fischsterben fragen, müßten sie eigentlich auf andere Ideen als neue Fischscheuchanlagen kommen.



"Wenn das so ungefährlich ist, sollen sie's doch in Bonn bauen!"

Auf einem riesigen abgebrannten Waldstück bei Gorleben versammelten sich am 12. März fast 15.000 Menschen. Die örtliche Bürgerinitiative hatte zu dieser ersten Kundgebung gegen die geplante Atommüll-Deponie und Wiederaufbereitungsanlage aufgerufen.

Um ein Verkehrschaos bei der Anfahrt zu vermeiden, hatte die Bürgerinitiative für Autos eine Nebenstrecke empfohlen. Selten sind wir so allein auf einer Straße gewesen. Aus Richtung Hamburg zumindest schien der erwartete Ansturm auf Gorleben auszubleiben.

Schon auf der Fahrt sehen wir, daß der Kampf gegen die geplante Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage mit einer breiteren Unterstützung durch die ansässige Bevölkerung rechnen kann, als etwa in Brokdorf. In den meisten Geschäften der Ortschaften, die wir durchfahren, hängen die schwarzgelben Plakate gegen die Atommülldeponie.

Als wir in Gorleben ankommen, hat es den Anschein, ein Volksfest stände bevor. Überall werden an Ständen Würstchen, gebrannte Mandeln und Getränke angeboten. Viele der Händler haben Anti-Atomkraft - Plaketten angesteckt. Ist das ernst gemeint oder versprechen sie sich davon nur höheren Umsatz? Auf Waldwegen gehen wir etwa eine Stunde zum Kundgebungsplatz, links und rechts die Spuren des letzten großen Waldbrandes, strahlende Sonne. Der Kundgebungsplatz erscheint endlos, auch hundertausend Menschen könnten ihn kaum füllen.

Jetzt sind es nur ein paar Tausend. Auf einigen Hügeln stehen einsam kleine Gruppen mit riesigen roten Fahnen: Transparente verkünden, daß hier eine Kommunistische Organisation gegen Imperialismus und Reaktion kämpfen will. Ansonsten hat das Ganze eher Festival-Charakter. Die meisten sonnen sich, klönen miteinander – ein gemeinsamer Wochenendausflug. Überwiegend Jüngere, Langhaarige sind auf dem Platz. Aber auch viele ältere aus der Umgebung sind gekommen, mehr jedenfalls als bei den Brokdorf - Demonstrationen. Ein DKP-Flugblatt - Verteiler hat sichtlich Mühe, einer Gruppe von Leuten zu erklären, warum Atomkraftwerke in der DDR weniger gefährlich sein sollen als in der BRD. Überhaupt wird die DKP in der Bewegung gegen die Atomenergie ihres Lebens nicht so recht froh. Zwar stimmt sie kräftig in die Hetze der bürgerlichen Presse gegen die „Extremisten" ein. Aber der Dank der „Gemäßigten" bleibt aus. „Gegen Atomanlagen in Ost und West" heißt es auf einem Plakat der Gorlebener Bürgerinitiative.

Langsam treffen immer mehr Leute ein. Von der Rednertribüne werden Lieder und Gedichte vorgetragen, teilweise erst auf der Anfahrt einstudiert. Nachmittags, bei Beginn der Kundgebung sind es etwa 15.000, die den Reden mehr oder weniger interessiert folgen. Fast alle kommen aus Norddeutschland, wie aus den Autoschildern zu ersehen ist, viele aus kleineren Orten. Die Rednerliste ist endlos. Dennoch war die örtliche Initiative zunächst nicht bereit, auch einen Vertreter der Hamburger BUU, Fritz Storim, reden zu lassen. Die BUU-Hamburg gilt hier bei den meisten als zu radikal. Erst nach langem hin und her wird Storim auf Platz 21 gesetzt.

Brokdorf nicht vergessen

Die ersten Pfiffe gibt es gleich zu Anfang, als der Versammlungsleiter der Polizei für die Verkehrsregelung dankt. Brokdorf ist noch nicht vergessen. Die Sprecher der Gorlebener Initiative – meist die örtlichen Amt- und Würdenträger – sprechen von ihrer Verbundenheit mit der Gegend, von ihrem Besitz, den sie nicht aufgeben wollen, von der Schönheit der Landschaft, die nicht zerstört werden darf. „Herr Albrecht, noch können Sie zurück" ruft einer. Die Hoffnung, daß der ehemalige Keks-Manager mit dem freundlichen Grinsen im Gesicht doch noch zur Vernunft gebracht werden kann, scheint groß.

Mehrere der folgenden Redner gehen auf den Fall Traube ein. Hier habe sich gezeigt, daß der Atomstaat der Zukunft seiner inneren Logik nach nur ein Polizeistaat sein kann. Walter Mossmann, Liedermacher aus Freiburg und Vertreter der badischelsässischen Initiativen ist der einzige, der konkret zukünftige Kampfmaßnahmen anspricht: „Nur dort wo die Bauplätze besetzt worden sind, wo Freundschaftshäuser gebaut wurden, ist der Bau von Atomanlagen bisher verhindert worden. In Wyhl, in Kaiseraugst und zuletzt in Gerstheim im Elsaß." Vielleicht, so Moßmann, werde auch im norddeutschen Raum bald ein Wettbewerb entstehen, wo der Bau einer Atomanlage zuerst gestoppt werden kann – in Brokdorf, Gorleben oder in Grohnde.

Danach sprechen verschiedene Wissenschaftler mit allerlei eindrucksvollen Titeln vorm Namen von den Gefahren, die von einer Atommülldeponie ausgehen. Darüber ist vor kurzem einiges aus einer geheimen Studie des Instituts für Reaktorsicherheit bekannt geworden. Käme es zu einem Großunfall in einer solchen Anlage, so wäre die radiokative Bestrahlung der Bevölkerung noch in 100 km Entfernung 10-200fach so groß, wie die sofort tödliche Strahlendosis. Welche Auswirkungen eine Wiederaufberei - tungsanlage schon im Normalbetrieb hat, zeigt sich etwa daran, daß im 30 km-Umkreis jegliche Milchwirtschaft verboten ist.

Daß es in Gorleben nicht zu einer Platzbesetzung kommen würde, war klar. Noch ist das Gelände, auf dem die Atommülldeponie eventuell entstehen soi:l, in den Händen von Leuten, die Albrechts Plänen ablehnend gegenüberstehen Noch ist Gorleben auch nicht endgültig als Standort festgelegt. Daß aber auch der zunächst geplante Bau eines Freundschaftshauses auf dem für den Atommüll vorgesehenen Platz abgeblasen wurde – wegen fehlender Baugenehmigung, wie zu hören war – zeigt, wie sehr die Leute von Gorleben noch auf die von oben bestimmten Spielregeln festgelegt sind.

Wohlverhalten demonstrierten Vertreter der Initiative auch anderswo. So erklärte ihr Vorsitzender gegenüber der Presse: „Wir distanzieren uns von radikalen Mitteln zur Durchsetzung unserer Meinung, wie sie in Brokdorf vorgekommen sind."

Gegen das „Herzstück!"

Diese und ähnliche Äußerungen haben dazu geführt, daß viele derjenigen, die den Kampf gegen das AKW Brokdorf aktiv mitgetragen haben, nicht nach Gorleben gekommen sind. Eine einfache Kundgebung schien ihnen „dem Stand der Bewegung nicht angemessen" zu sein.

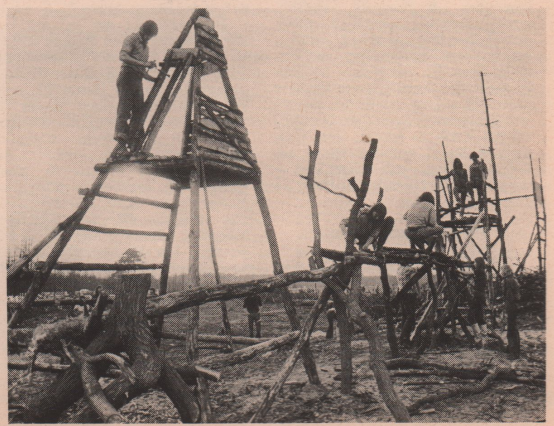
Der Bau der Atommülldeponie wird durch Kundgebungen allein nicht verhindert, das ist unumstritten. Die Atommülldeponie ist das Herzstück des westdeutschen Atomprogramms. Wenn sie nicht gebaut wird, ist auch der Bau weiterer Atomkraftwerke unmöglich. Deshalb wird der Kampf hier noch viel härter und erbitterter werden als in Brokdorf.

Für die Bewohner von Gorleben und Umgebung, bisher meist brave CDU-Wähler, ist es jedoch schon ein großer Schritt, sich überhaupt aktiv an Kundgebungen dieser Art zu beteiligen. Die Bereitschaft, zu weitergehenden Aktionsformen überzugehen, kann nur als Ergebnis eigener Erfahrungen entstehen. Und Erfahrungen mit Politikern, mit Gerichten, mit der bürgerlichen Presse werden die Bewohner von Lüchow-Dannenberg in den nächsten Monaten und Jahren genug machen. Erst wenn sich praktisch zeigt, daß die von oben angebotenen Formen der Konfliktregulierung („sachliche" Gespräche mit der Regierung, Gerichtsverhandlungen, Bittbriefe usw.) den Bau der Anlage nicht verhindern können, wird auch das Mittel der Platzbesetzung für die Gorlebener in greifbare Nähe rücken. Dann wird die Initiative sich entscheiden müssen: entweder den Bau der Mülldeponie zu akzeptieren oder aber doch zu radikaleren Maßnahmen zu schreiten.

Am 12. März sind von Kundgebungsteilnehmern auf dem für die Deponie vorgesehenen Gelände etwa 1.500 Bäumchen gepflanzt worden. Ein Redner forderte dazu auf wiederzukommen, die Bäumchen zu besuchen. Sollte es beim Standort Gorleben bleiben, werden wir sie wohl noch oft wiedersehen. Vielleicht erleben wir sogar, wie – bei gutem Boden – Bäume draus werden.

mgr.

Nicht nur die berühmt-berüchtigten Chaoten trafen sich in Gorleben, um gegen die geplante Atommüll-Deponie zu demonstrieren. Viele ältere Leute, vor allem Bewohner der Elbgemeinden, hatten sich Mitte März mit den Langhaarigen auf dem Waldstück versammelt.



In kurzer Zeit hatten Mitglieder einer Bürgerinitiative auf dem vor die Atommüll-Deponie vorgesehenen Gelände einen Spielplatz eingerichtet. 1500 junge Bäume wurden gepflanzt.

"DIESES SCHEISS–EXTRABLATT"

Die Redaktion der hamburger Stadtzeitung „Grosse Freiheit" hatte auf vier Seiten eines „Extrablatts" versucht, die verschiedenen Standpunkte zum Vorgehen gegen das geplante Atomkraftwerk Brokdorf darstellen zu lassen. Damit wollten wir, wie wir in einer Einleitung dazu schrieben, zu einer offenen Auseinandersetzung beitragen. Das „Atom-Extra" wurde zu Recht von Einzelnen und Gruppen kritisiert, auch wenn einige die Grundlage und Absicht dieses Extrablatts wie auch der Stadtzeitung insgesamt mißverstanden haben.

Die Kritik zu einzelnen Beiträgen im „Atom-Extra" läßt sich auf folgende Punkte konzentrieren:

— Zur Kundgebung in Itzehoe wurde eine Beschreibung der Vorgänge abgedruckt, die nur einzelne Momente der Demonstration aufgriff. Eine politische Einschätzung und eine Klärung der Gründe, warum die Verfasser des Artikels nach Itzehoe gefahren sind, wurde nicht gegeben.

— Besonders kritisiert wurden einige Bemerkungen im Leitartikel zur Demonstration bei Brokdorf. In diesem Beitrag hieß es u.a.: „... Diese Bedenken trugen wir auf dem BUU-Plenum in Hamburg am Donnerstag vor der Demonstration vor ...Daraufhin war das Plenum aus dem Häuschen, wutverzerrte Gesichter, geifernde ML-Fratzen — uns ergriff das Schaudern. Mit diesen Leuten, die keiner vernünftigen Auseinandersetzung mehr zugänglich waren, sollten wir nach Brokdorf ziehen."

— Weiterhin fühlte sich der Kommunistische Bund (KB) auf den Schlips getreten. So hatte die Stadtteilgruppe Fischmarkt im Extrablatt dieser Organisation vorgeworfen, der KB hätte den Schlüssel ihres LKW's geklaut und die Busse nach Demonstranten mit Knüppeln gefilzt, um „ausgerüstete" Leute rauszuschmeisen. Nach Darstellung der Organisation handelte es sich in Wirklichkeit um eine größere Gruppe von „Gewaltfreien" aus Münster, die sich am Fischmarkt-LKW vergriffen hätten. Die Initiative vom Fischmarkt hält dagegen weiter daran fest, daß bei diesen Übergriffen zumindest Leute des KB beteiligt waren. Ähnliches gelte auch für die Ordnerkette vor der ersten Sperre in Brokdorf.

— Schließlich wurde kritisiert, daß die „Grosse Freiheit" sich vor dem 19.Februar nicht in der Lage gesehen hätte, sich zwischen Itzehoe und Brokdorf zu entscheiden. Es bleibe unklar, was die „Grosse Freiheit" eigentlich jetzt unterstütze.

Unsre inhaltliche Stellungnahme dazu und unser Bemühen, Fehler in Zukunft zu vermeiden, schließt zunächst einige Anmerkungen zur Situation und Arbeitsweise der Zeitung ein.

Wir sind keine Gruppe „Grosse Freiheit" im Sinn einer Organisation. Daher ist die Stadtzeitung auch nicht das Sprachrohr einer politischen Organisation. Wir sind eine Initiative, die versucht, Gruppen, Einzelpersonen und Initiativen die Möglichkeit zu geben, ihre Erfahrungen mit dieser Gesellschaft und dem Kampf dagegen zu veröffentlichen. (siehe auch Selbstdarstellung „Grosse Freiheit" Nr. 0).

Klar ist, daß wir Machtstrukturen ablehnen, wie wir sie in bürgerlichen Zeitungen finden, wo der Eigentümer das Sagen Redaktion und Leser hat. Die Stadtzeitung duldet auch widersprüchliche Meinungen innerhalb ihres Plenums und somit auch in der Zeitung selbst. Zu beiden Anti-Kernkraft - Demonstrationen am 19. Februar gab es im Zeitungsplenum widersprüchliche Positionen, die wir nicht mehr ausdiskutieren konnten. Wir haben es nicht geschafft, in wesentlichen Punkten zu einer Meinung zu kommen und zumindest die Ergebnisse dieser Diskussion in ihrer Widersprüchlichkeit als Informationshintergrund und Denkanstoß für die Leser darzustellen. Diese Aufabe sollte dann das „Extrablatt" übernehmen. Aber auch dabei waren wir zeitlich so unter Druck, daß sich ähnliche Schwierigkeiten ergaben.

Der Kritik am Stil („geifernde ML-Fratzen") in diesem „Atom-Extra" stimmen wir zu. Wir wollen in stärkerem Masse mit Artikelschreibern diskutieren, damit solche Sachen nicht mehr geschehen können. Eine offene Auseinandersetzung über verschiedene Auffassungen in der Anti-AKW-Bewegung muß mit anderen Worten und Begriffen geführt werden.

Der Itzehoe-Artikel, der kurz vor Druckbeginn erstellt wurde, eicht inhaltlich sicher nicht aus. Wenn wir selbst oder andere an ähnlichen Ereignissen oder Veranstaltungen teilnehmen, Interviews und Reportagen machen, ist eine bessere Vorbereitung notwendig. Zum Beispiel müssen viele noch lernen, was in einen Artikel an Informationen hineingehört.

Zu anderen Darstellungsweisen in der Zeitung, die von Teilnehmern der Demonstrationen unterschiedlich bewertet werden, können wir hier nicht weiter darauf eingehen. Auch wenn wir mit einzelnen Artikeln und Aussagen nicht unbedingt übereinstimmen, bzw. deren Richtigkeit nicht sofort oder später überprüfen können, halten wir es trotzdem für wichtig, daß wir die Widersprüche einer Bewegung anhand verschiedener Beiträge aufgreifen und zur Auseinandersetzung damit auffordern.

Voraussetzung dafür ist allerdings auch eine bessere Zusammenarbeit mit den verschiedensten Gruppen und Initiativen. Unsere Kontakte sind zwar besser geworden, die reichen trotzdem noch nicht aus: Eine Zeitung „von unten für unten" kann nur leben und ihre Wirksamkeit für die Leser verbessern, wenn in stärkerem Maße als bisher Interessierte Leute mit uns zusammenarbeiten, Informationen besorgen, selber Artikel schreiben, Fotos machen. Und das regelmäßig! Unsere Gruppe, die zum überwiegenden Teil aus Berufstätigen besteht und deren Mitglieder zum Teil noch andere Verpflichtungen haben (z.B. Stadtteilgruppen, Gewerkschaft, andere Initiativen) kann und will diese vielfältigen Aufgaben in der Zeitungsarbeit nicht allein lösen.

Red.

Verlag Association GmbH

Reihe **POLITISCHE ÖKOLOGIE**
Materialien zu Umwelt und Gesellschaft

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe
BROKDORF:
Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden
Brokdorf ist zu einem doppelten Symbol geworden. Symbol für den Zynismus und die Gewalttätigkeit staatlicher Macht bis hin zum Massenterror gegen 10tausende von Demonstranten; Symbol aber auch für den entschlossenen Widerstand, dieser Gewalt nicht zu weichen.
Dieses Buch schildert ausführlich den Kampf um das AKW Brokdorf – von den ersten Anfängen bis zur Demonstration der 30.000 in der Wilstermarsch nach einer beispiellosen Hetz- und Terrorkampagne.
Darüber hinaus berichtet es über die Geschichte der Region und die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Bewohner.
Über hundert Fotos und Abbildungen ergänzen die Berichte. Heft Nr. 6 212 S. DM 11.–

Heft Nr. 7 H. Strohm, Hrsg.
Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen
Mit Beiträgen von international anerkannten Wissenschaftlern, u. a. Gofman, Tamplin, Thurkauf, Wold 176 S. DM 10.–

Heft Nr. 8 G. Dreyer/H. Vinke
Absolute Sicherheit oder verbrannte Erde
Der Kampf gegen die Atommülldeponie in Emsland 128 S. DM 9.–

Vorankündigungen
Genmanipulationen und Drogenmißbrauch ca. DM 6.–
Umweltschutz in der VR China ca. DM 6.–
Gesellschaft und Umwelt ca. DM 6.–
Schule und Umwelt ca. DM 6.–
BIG BROTHER IS WATCHING YOU
Materialien zum „Datenschutz" ca. DM 8.–
SEVESO – der chemische Krieg
Landkommunen und Selbstorganisation

M. Gruttner
Wem die Stadt gehört
Stadtplanung und Stadtentwicklung in Hamburg 1965-1975
„Die anschauliche Vermittlung von ‚hard facts', die Analyse größerer Zusammenhänge und neuer Trends, vermischt mit Material über ‚handfeste' Alltagserfahrungen machen Grüttners Buch besonders lesenswert." Szene-Hamburg, Nr. 8/1976
„Dieses brisante Buch sollte von möglichst vielen Mitgliedern von Bürgerinitiativen gelesen werden."
Umweltschutz-Informationen, Nr. 8/1976
260 Seiten, 16,00 DM

Hrsg. H. Strohm **Stadt- und Verkehrsprobleme**
Zur HABITAT-Konferenz der UNO
DM 5,50

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 41 74 84

Lächeln Sie, Fräulein !

Es ist kurz nach 24 Uhr und ich spüre Hunger im Bauch. MC Donald's hat noch geöffnet. Also rein! Trotz der fortgeschrittenen Zeit, drängeln sich die Kunden vor dem hellerleuchteten Tresen. Ich brauche nicht lange zu warten. Die fünf Frauen und Mädchen in der Bedienung funktionieren reibungslos, wie gut geölte Maschinen. Bestellung aufnehmen, eine Drehung mit dem Körper, den schon eingepackten „Hamburger" von der Wärmevorrichtung greifen, ein Schritt zur Kaffeemaschine oder dem Colaautomaten, einschenken, beides auf einem Tablett dem Kunden zuschieben, abkassieren; fließbandartig reihen sich die einzelnen Arbeitsgänge aneinander.

Während das Mädchen mir gegenüber Wechselgeld abzählt, starre ich in ihr Gesicht und warte darauf, daß sich der Mund, auf dem pinkfarbener Lippenstift zu krümeln beginnt, zu einem Lächeln verzieht. Ich kenne dieses Lächeln und weiß aus eigener Erfahrung als Wochenendaushilfe bei Mc Donald's wieviel Kraft es kostet, dem Gast nach 5 bis 6 Stunden Hetze am Büffet – immer noch strahlend – seine Pommes-frites in die Hand zu drücken.

Ein gutes Betriebsklima

Sauberkeit, Schnelligkeit und Freundlichkeit sind die obersten Gebote für die weiblichen Arbeitskräfte in der Bedienung und natürlich auch für die meist männlichen Kollegen an den Grills und Fritteusen. Die höheren Angestellten wachen darüber, daß kein böses Wort zu den Kunden dringt. Das gute Betriebsklima, welches Mc Donald's Werbepsychologen immer wieder betonen und mit dem sie Gäste wie Personal anzulocken versuchen, ist billige, aber notwendige Fassade um von der Qualität der „Hamburger" und der technisierten, vom Kunden entfremdeten Abfertigung dieses Massenimbisses abzulenken. Ein freundlicher Gesichtsausdruck soll uns glauben machen, individuell bedient zu werden. Über die Illusion des persönlichen Bezuges zwischen Kunde und Verkäufer lockt uns Donald's das Geld aus der Tasche. Denn wer die Wahl hat zwischen einer lächelnden blonden Fee oder dem schwitzenden Wurstbudenmann um die Ecke, läßt sich doch lieber von der ersteren seinen amerikanisierten Hackklops überreichen, wenn er genervt und hungrig vom Job und Feierabendeinkauf seinen Bauch füllen will. Daß die „Hamburger" wie cetch-up - überzogene Plastikscheiben anmuten, übersieht er dann gerne.

So fix wie wir ist keiner!

Schnelligkeit ist ein weiteres wichtiges Kriterium der Arbeit in diesem Massenimbiß, denn auch das Bedürnis vieler Kunden nach sofortiger Abfütterung versucht Mac Donalds aufzufangen. Ein gutes Beispiel für dieses Bemühen war die zurückliegende „60 Sekundenkampagne". Sie galt als besonderer Einfall der Werbefachleute und brachte eine erhebliche Erschwerung der Arbeitsbedingungen des Bedienungspersonals mit sich. Eine Minute, nicht länger, sollte der Kunde auf seine Bestellung warten müssen. Ein „Hamburger" umsonst winkte ihm, wenn die Zeit überschritten wurde. Damals, und das weiß ich nur aus Erzählungen der Kolleginnen, war an jeder Kasse eine Stoppuhr angebracht. Sie mußte ingang gesetzt werden, sowie der Kunde den Mund auftat. Welche Auswirkung dieser Werbefeldzug auf Mac Donalds Profitrate hatte, wußten meine Kolleginnen nicht. Die Auswirkungen dieser Arbeit gegen die Stoppuhr auf Körper und Psyche erfuhren sie jedoch am eigenen Leibe. Schlaflosigkeit, Nervosität, körperliche Abgeschlagenheit waren die harmlosesten Folgeerscheinungen dieser schamlosen Arbeitskraftausnutzung.

Die Mehrzahl der bei Mc Donald's beschäftigten Frauen stehen an unterster Stelle der Personalrangfolge Ihre Arbeit ist durch Technisierung auf wenige Handgriffe reduziert und läßt keinen Raum für selbstbestimmtes Handeln. Denken lohnt sich nicht mehr! Schöpferische Kräfte gehen verloren. Sie bedienen oder putzen für einen Hungerlohn. Ich bekam damals bei Volljährigkeit 5,50 DM brutto in der Stunde, die minderjährigen Mädchen erhielten noch 2.00 DM weniger. Für die Abendschicht, die von 17 bis 1 Uhr nachts dauert, gibt es keine Zulagen. Auch die in anderen Restaurationsbetrieben oft übliche Umsatzbeteiligung fällt weg. Nicht einmal über Trinkgelder ist es den Frauen möglich, ihren geringen Verdienst aufzubessern. In einem Laden, der auf Selbstbedienung abgestimmt ist, geben die Kunden nun einmal nicht mehr als den Verkaufspreis, wofür auch? Da die Arbeit der Frauen keiner besonderen Qualifikation bedarf, sind sie jederzeit austauschbar. Mc. Donald's kann sofort auf das große Heer der Arbeitslosen zurückgreifen.

Sieht man von den jenigen männlichen Arbeitskräften, die pausenlos Milchbrötchen mit Hack und Cetchup füllen ab, (ihre Lohntüte ist am Zahltag kaum voller, als die ihrer weiblichen Kollegen), nehmen die Männer bei Mc. Donald's die Mehrzahl der „gehobenen" Posten ein. Zwischen der Masse der Arbeiter/innen und der Leitung einer Filiale gibt es kaum direkten Kontakt. Diese reinen Gehirnarbeiter können natürlich auf besondere Arbeitskleidung verzichten, wenn sie in ihren gut durchlüfteten Büros über die Steigerung des Cheeseburgerverkaufes brüten. Sogenannte Assistenten überwachen derweil den Imbißbetrieb. Diese Herren arbeiten jedoch nicht nur mit dem Kopf, sondern packen schon mal mit an, wenn Engpässe es erforden. Zu ihren Aufgaben gehört es weiterhin, für ständig wechselndes Publikum an den Tischen zu sorgen. Wenn also Jugendliche meinen, mit ihrer Cola kauften sie die unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung unter Donald's Dach gleich mit, verwandeln sich die sonst sehr verbindlichen Herren in griffsichere Rausschmeißer.

Tja, so sieht es aus bei Mc. Donalds! Und sicher auch anderswo!

Karina

„Wo soll'n wir denn hin, das nächste Jugendhaus ist am Lattenkamp und hat geschlossen" erzählt Sven. Mit seinen Freunden Charles, Oliver, Peggi und Herbert hat er sich wie so oft bei Mc Donald's getroffen. „Für ne Mark können wir ganz schön lange hier bleiben."
Foto: Sabine

HATTU HUNGER? – MUTTU HUNGERN

Hamburger, aufgepaßt! Ein Riese ist unterwegs! Schon viermal hat er in der Hansestadt zugeschlagen. Seine Opfer: durstige und hungrige Familien, Ausländer, Angestellte in der Mittagspause, aber auch Jugendliche. Die einzigen Spuren, die er nach seinen Taten hinterläßt: leere Pappkartons und Pappbecher.

Mehr bleibt wirklich kaum übrig, wenn man sich darauf einläßt, mit „Mc Donald's" Bekanntschaft zu machen. Vier „Restaurants", wie die Leuchtreklamen verkünden, hat dieser amerikanische Konzern inzwischen in der Hansestadt eröffnet, in ganz Westdeutschland bisher 45. Und dieser Feldzug gegen noch bestehende Reste von Eß-Kultur ist sicher noch lange nicht beendet.

Nach dem wir uns an Coca Cola, Curry-Wurst mit Ketchup und Hot Dogs gewöhnt haben, die ja noch jeder Wurstmaxe um die Ecke recht und schlecht verabreichen konnte, hat Mc Donald's erkannt, daß wir „reif" sind für die „Standardisierung": nicht nur genormte Stühle, Tische, Lampen und Plastikblumen; gerade das Menü kann nur dann erfolgreich verkauft werden, wenn es sich einprägt: Mc Donalds Hamburger (sprich „Hämmbörger"), Cheeseburger (sprich „Tschieesebörger"), Big Mäcs und Fisch-Mäcs gibt es eben nur so und nirgendwo anders. Appetlich verpackt in Papier und Pappe, verabreicht von weiblichen Blaukitteln, die es tatsächlich schaffen, immer wieder zu lächeln (siehe auch nebenstehenden Bericht).

Die Dankbarkeit für die Mc Donalds-Errungenschaft kennt keine Grenzen mehr, wenn der Kunde noch ein paar Zahlen und Fakten mehr kennt: jeweils eine dreiviertel Million Mark kostet der Umbau der Räume, die erst dann sich original Mc Donald - Restaurant nennen können. Der Blick auf die hetzenden und schwitzenden Verpacker und Kassiererinnen ist kostenlos, denn der „Blick in den Herstellungsablauf" gehört zur Marktstrategie. 10.000 bis 14.000 Kunden pro Woche und Lokal allein in Hamburg gehören bereits zur weltweiten Mc Donald's Gemeinde. Wahrlich, eine stolze Bilanz auf dem „fast-food-Sektor, zu deutsch sinngemäß: Schnell-Fraß-Sektor".

Ehrlich, hat uns das nicht bisher gefehlt? Mc Donald's sollten sich nicht schämen und Unterstützung beim Ausländeramt und bei den Jugendbehörden beantragen. Denn die soziale Funktion, die dieser neue Treffpunkt der Massen besonders für Ausländer und Schüler hat, kann gar nicht hoch genug bewertet werden (siehe Foto). Als Gegenleistung könnte die Mc Donald's GmbH.ja vielleicht Gutscheine an die Hamburger Altersheime ausgeben. Und nicht, daß dann Erna sagt: Laß das, Fritz, bei Mc Donald's gibt's den größten Beschiß".

Wirklich, das Gefühl etwas für sein Geld zu bekommen, was man nicht überall so sauber, so schnell und so lecker aussehend erwarten kann, ist schon was Besonderes. Die Preise tun ein Übriges; ein Hamburger („unser Standardprodukt") für DM 1.40, das teuerste Essen (Viertelpfünder mit Käse) 3,60 DM. Da kann man sich ruhig einen zweiten leisten, wenn man nicht satt geworden ist. Und welcher hungrige Lehrling wird das schon?

Was höre ich da von der Verwaltungsstelle Norddeutschland der Mc Donald's GmbH? auf die Jugendlichen haben sie's gar nicht abgesehen; lieber sehen sie eine vielköpfige Familie, die es sich nicht leisten kann, gemeinsam in Steakhaus zu gehen. Bei Mc Donalds bekommen sie das Gefühl, Fleisch genossen zu haben; Vadder kann sogar ein Bier süffeln, Mudder ne Apfeltasche zum Nachtisch verspeisen. Und für die Kinder gibt's noch den Happy Mäc. Mit Farbstoff.

Wetten, daß die Kleinen wiederkommen wollen? Ronald Mc Donald (etwa verwandt mit der Donald Duck-Sippe aus dem gleichen Schlaraffenland zwischen New York und San Francisco) lädt sie unaufdringlich, aber herzlich ein, ihren nächsten Geburtstag bei Mc Donald's zu verbringen. Mutter kann sie beruhigt abgeben und zum Einkaufen gehen; eine „Hostess" sorgt für Unterhaltung, für Spiele, ein kleines Geschenk, einen Gutschein für den nächsten Besuch bei Mc Donalds (na klar!) und damit für eine gute Kasse. Nach zwei Stunden kann Mutti die Mc Donald-Kinder wieder abholen. Praktisch.

A. Pank

Zucker ist Gift

Zucker-Information

Die Vereinigten Staaten und Kanada wollen die Verwendung von Saccharin in Lebensmitteln verbieten. Nachdem 1969 schon Cyklamat verboten wurde, gäbe es dann in den USA keinen Zuckerersatz mehr.

Deutsche Untersuchungen haben natürlich andere Ergebnisse zu Tage gebracht. Nicht nur „unsere" Kernkraftwerke sind sicherer als andere auch deutscher Zuckerersatz ist ungefährlich, schmeckt gut und erzeugt keinen Krebs, wenn man dem Süßstoff - Verband in Köln glauben schenken darf.

Aber was ist eigentlich mit dem Zucker? Ist der denn völlig ungefährlich?

Der Zuckerverbrauch der Bevölkerung liegt zur Zeit bei ca. 1 kg pro Kopf in der Woche.

Langsam kommt die Wissenschaft auch so weit, daß sich die Informationen über die Wirkungen auf den Körper nur noch schlecht zurückhalten lassen. Zucker entzieht dem Körper Kalk, den er zur Verbrennung benötigt. Durch amerikanische Untersuchungen zeigt sich in zunehmendem Maße, daß raffinierter Zucker verantwortlich ist für Adernverkalkung, Herzinfarkte und Zuckerkrankheiten.

Erklärung:

Zucker wird gewonnen aus Zuckerrohr oder Zuckerrüben. Solange alles beieinander ist sind auch die Vitamine und Mineralien zur Verdauung mit dabei. Damit aber eine starke Süßkraft und eine schöne weiße Farbe rauskommt und unbegrenzte Haltbarkeit, wird er solange verarbeitet bis er nur noch aus ca. 95% Sacharose besteht und das ist sehr schädlich. (Untersuchung von Dr. Kendall, Columbia Universität) Die Zellen der Aderwände bekommen ihren Sauerstoff nicht aus dem Blut sondern holen ihre Energie aus Glucose und Insulin. Insulin ist dabei notwendig, um die Glucose aufnehmen zu können. Wer Kohlenhydrate aus Vollkorn, Naturreis, Kartoffeln oder Hülsenfrüchten zu sich nimmt, hat immer genügend Glucose vorhanden.Dann geht auch der Abbau der Kohlehydrate langsam vonstatten und es ist immer genügend Insulin im Blut. Geschieht dies aber durch Sacharose, so geschieht die Verdauung wie eine Explosion, plötzlich ist enorm viel Energie vorhanden und danach nichts mehr. Die Folge davon ist, daß die Zellen Hunger leiden an Glucose und Insulin. Notgedrungen gebrauchen sie dann Fett als Energiebrunnen. Sind dies gesättigte Fettsäuren (vor allem tierische Fette), dann verstopfen die Abfallstoffe die geschwächten Aderzellen.

Mit Weißbrot und anderen raffinierten Stärkemehlen passiert ungefähr das gleiche.

Damit Euch die letzte Lust auf Zucker vergeht, nun noch eben die Zuckerherstellung.

Die Rüben werden geschnitten und mit heißem Wasser wird der süße Saft herausgezogen. Was übrigbleibt ist Tierfutter (die haben es gut). Der süße Saft wird mit Kalkmilch erhitzt, wobei Kalziumsalze und Eiweiße herausfallen. Außerdem werden durch die alkalische Reaktion alle Vitamine vernichtet. Danach wird der Zucker über gelöschten Kalk, Kohlensäure, Schwefelsäure und Natriumcarbonat geleitet, damit alle Nicht-Zuckerstoffe gebunden werden oder sich niederschlagen. Das ist dann brauner Zucker, der immerhin schon 92% Sacharose enthält!

Dann wir die Masse noch einige Male gekocht und abgekühlt, zentrifugiert und kristallisiert, wobei die Melasse noch übrigbleibt. Danach wird die ganze Sache nochmal gesäubert mit Kalk und Kohlensäure und gebleicht mit Schwefelsäure. Nachdem er nun noch durch einen aktiven Kohlenfilter geleitet wurde, besteht der jetzt weiße Zucker zu 95 - 99% aus Sacharose.

Aber ohne Zucker können wir doch nicht leben!!!

Aber sicher geht es ohne!

Erst im 16. Jahrundert wurde Zucker aus dem Kolonien eingeführt und war nur für Reiche bezahlbar. Erst die Chemie des 19. Jahrh. fand Möglichkeiten denselben Rohrzucker aus Zuckerrüben herzustellen.

Laßt Euch jetzt bloß nicht dazu verleiten, auf solche chemischen Greuel wie „Süßstoff" umzusteigen, sondern überlegt mal, ob ihr nicht lieber Honig oder Zuckerrübensirup zum Süßen nehmen wollt, wenn es unbedingt süß sein muß. Wenn ihr einen großen Bedarf an Süßigkeiten habt, dann solltet ihr Euch lieber mal über die Ursachen davon bewußt werden um es zu ändern, statt Eure Gesundheit zu ruinieren.